

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, I.
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.
Vorzeitungsliste Nr. 1787a.

Aberzu eine Beilage!

Vorstandsbericht

vom 1. Januar bis 31. Dezember 1900.

Das Jahr 1900 war ein sehr ereignisreiches, aber auch wohl ein erfolgloses Jahr für den Verband. Wie die in Nr. 6 des Blattes veröffentlichte Jahresabrechnung zeigt, hat ja scheinbar die Vergrößerung des Verbandes in demselben nur gleichen Schritt gehalten mit dem Vorjahre, doch verschiebt sich das Bild bedeutend, wenn man einestheils die ganz bedeutenden Erfolge bei den Lohnbewegungen und Streiks des letzten Jahres berücksichtigt, andererseits in Betracht zieht, daß eine ganze Reihe neuer Mitgliedschaften erst im 3. und 4. Quartal errichtet wurden, also in Sinnahme und Ausgabe nur für einige Monate des Jahres mitrechen. Es kann aber wohl mit Recht behauptet werden, daß besonders in dem inneren Ausbau des Verbandes, in den Verwaltungen der Mitgliedschaften wie der Gauen wir ein bedeutendes Stück vorwärts gekommen sind. Vor die Gauenintheilung insolge ihrer Neuheit im Verbandsbau und der in sehr vielen Fällen noch vollständigen Unerfahrenheit der führenden Kollegen in denselben 1899 nur in einzelnen Gauen von Erfolg gekrönt, dagegen in anderen Gauen mit praktischer Agitation noch gar nicht begonnen worden. So zeigt das Jahr 1900 eine regere, intensiver Tätigkeit der Gauenkommissionen in der Agitation und besonders in 4., 6., 7. und 8. Gau auch bedeutende, in letzteren beiden früher nie geahnte Erfolge. Dagegen kann wohl behauptet werden, daß in den Verwaltungen der älteren Mitgliedschaften mehr und mehr Stabilität Platz greift. Die Mehrzahl der Mitglieder hat einsehen gelernt, von welcher hoher Bedeutung es ist, besonders vorsichtig bei der Wahl der Vorstände der Mitgliedschaften zu sein und wo man tüchtige, bewährte Kräfte in der Leitung der Mitgliedschaften hat, ist es auch gelungen, deren ererbte Tätigkeit dem Verbandsbau als Leiter der Mitgliedschaften auch auf fernere Jahre zu erhalten.

Leider mangelt es aber in einer ganzen Reihe von Mitgliedschaften noch an dieser Stabilität in den Verwaltungen der Verwaltungen und dies tritt besonders stark in den neuerrichteten Mitgliedschaften im 4. und 7. Gau zu Tage; es fehlt da noch zu sehr an älteren, erfahrenen Mitgliedern an den einzelnen Orten und bei den jüngeren Fähigkeiten Leuten ist die Wanderlust noch zu stark, wozu nicht wenig die miserable Entlohnung und die traurigen Verhältnisse im Kost- und Logiswesen beim Meister beitragen.

Geschäftsabwicklung des Vorstandes.

In 28 Vorstandssitzungen, von denen in einzelnen je 20 und mehr verschiedene Angelegenheiten zu erledigen waren, wurden die Geschäfte des Vorstandes beraten und Beschlüsse gefaßt. Außerdem fanden gemeinschaftliche Sitzungen des Verbandes in folgenden Städten statt: 1 mit dem Ausschuss in München, 2 mit den Vorständen der 3 Mitgliedschaften von Hamburg und Altona, 1 mit den Vorständen beider Mitgliedschaften Hamburgs und 1 mit dem Vorstand der Grobbäcker Hamburgs. Um den Mitgliedern ein Bild der regen Tätigkeit des Vorstandes in diesen Sitzungen zu geben, seien hier die Verhandlungsgegenstände angeführt: Mit der Agitation im Allgemeinen beschäftigte sich der Vorstand in 8 Sitzungen. In 33 Fällen wurden Gelder zur Agitation an die Gauenkommissionen bewilligt, während 9 solche Gesuche abgelehnt wurden. Berechnung agitatorisch tätiger Kollegen nach anderen Städten beschäftigte den Vorstand in 16 Fällen, die notwendige Agitation gegen die Verschlechterung des Maximalarbeitslohes in 5 Fällen. In 4 Sitzungen wurde wegen der Gauenkonferenzen beraten, in 7 Fällen Ausschüsse an agitatorisch tätige Kollegen bewilligt. 31 Gesuche von Rechtschutz wurden genehmigt, 9 wurden dagegen abgelehnt werden. 23 Mitgliedern wurde Unterstützung bewilligt, die wegen ihrer Tätigkeit für den Verband amokredett waren. 18 Gesuche wurden abgelehnt. 16 Mal beschäftigte sich der Vorstand mit zu Unrecht ausbezahlter Reiseunterstützung evtl. mangelhaft ausgeführter Reiselegitimationen. In 2 Sitzungen wurde die Mahnung rückständiger Mitgliedschaften beschlossen. 23 Anträge auf Genehmigung von Lohnbewegungen, Streiks und Sperren wurden zugestimmt. 11 dagegen wegen ihrer Unzulässigkeit abgelehnt. Differenzen mit Genossenschafts- und Konsumbäckereien beschäftigten den Vorstand in 11 Fällen. An 6 Mitgliedschaften wurden Zuschüsse zu Streiks bewilligt, außerdem in 9 Fällen andere Zuschüsse zu Ausgaben der Mitgliedschaften. Gesuche zur Unterstützung reisender Arbeiter anderer Berufe wurden in einem Falle bewilligt, in 5 anderen Fällen mußten sie abgelehnt werden. Der Vorstand sah sich veranlaßt, in 6 Mitgliedschaften Revisionen durch einen seiner Mitglieder oder die betreffende Gauenkommission anzuordnen. Die alten eingesendeten Mitgliedsbücher und Unregelmäßigkeiten in denselben beschäftigten ihn in 2 Sitzungen.

Außerdem wurde das Resultat der Urabstimmung über zu erhebende Streitbeiträge (1143 basir, 258 Stimmen basiren) in einer Sitzung festgesetzt. In einer Sitzung im Mai wurde gemeinschaftlich mit dem Ausschuss die Erhebung weiterer Streitbeiträge beschlossen. 3 Mitgliedschaften suchten

um Erlaß derselben nach oder lösigerten sich, diese zu bezahlen, kamen aber schließlich ihren Verpflichtungen nach. In 13 Mitgliedschaften waren Streitfälle der Vorstandsmittelglieder unter sich oder Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung zu verzeichnen, zu welchen der Vorstand Stellung nehmen mußte, dagegen mußte er sich mit 2 Ausschüssen von Mitgliedern beschäftigen. In 3 Sitzungen beschäftigte sich der Vorstand mit der Broschüre „Die Entwicklung des Verbandes der Bäcker“. Ein Antrag des 7. Gauen, die dort ausgenommene Statistik als Broschüre auf Kosten der Hauptkasse herauszugeben, wurde abgelehnt.

Mit dem internationalen Kongress in Kopenhagen und anderen internationalen Verbindungen beschäftigte sich der Vorstand in 3 Sitzungen. In je 1 Sitzung wurden wegen der Bureauverhältnisse verhandelt, die Anschaffung von Inventar- und die Versicherung des Inventars beschlossen. Die Stellvertretung des Vorsitzenden während dessen Abwesenheit fand in 3 Sitzungen zur Verhandlung. Mit dem vom Vorsitzenden unternommenen Verhandlungen mit dem Frachverein der Bäcker Berlins zwecks Uebertritt desselben zum Verbande beschäftigte sich 2 Sitzungen (die Verhandlungen sind schließlich im Frachverein mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt); in einer Sitzung wurde beschlossen, das Korrespondenzverhältnis mit jenem Verein zwecks gegenseitiger Unterstützung der reisenden Mitglieder zu lösen. In 8 Fällen waren nachgesuchte Antworten und Situationsberichte seitens der Kartelle und Arbeitersekretariate wegen der Lohnbewegung in unserem Berufe eingegangen, mit denen sich der Vorstand zu beschäftigen hatte.

In 2 Sitzungen fand das Besuch (welches schließlich genehmigt wurde) an die Generalkommission im Jahr 1900. Aufschub zur Agitation zur Veranlassung. Außerdem beschäftigte den Vorstand der Konflikt zwischen Generalkommission und Leipziger Gewerkschaftsartell in 2 Sitzungen, dagegen der Fall, daß der Fabrikarbeiterverband in Lübeck ein von uns ausgeschicktes Mitglied, das in dortiger Genossenschaft arbeitet, in seinen Verband aufnahm, in 3 Sitzungen. In 3 Fällen galt es Beschwerden einzelner Vorstandsmitglieder gegen die Vorstände anderer Mitgliedschaften zu erledigen und außerdem mußten die Anträge der Gewerkschaftsartelle aus 2 ostbayerischen Städten abgelehnt werden, welche von unserem Verbands Mittel zur Errichtung einer Genossenschaftsbäckerei an betreffenden Orten verlangten, um dadurch unsere dortigen Kollegen organisieren zu können. — Also eine Riesenzahl verschiedener Sachen gab es zu erledigen und dadurch wurde natürlich auch die Tätigkeit des Vorstandes gewaltig gesteigert. Leider fehlte demselben die Zeit, genaues Verzeichniß über die ein- und auslaufenden Korrespondenzen zu führen. Doch genügt es, hier anzuführen, daß im Jahre für Korrespondenzen und Materialverbrauch 807,72 Mk. verausgabt wurden; davon fehlt der Monat Juni am höchsten mit 79,88 Mk., am niedrigsten der Monat April mit 39,62 Mk.; durchschnittlich wurden also im Monat 67,31 Mk. für Porto ausgegeben. Dazu kamen die vielen notwendigen Reisen des Vorsitzenden, welcher insgesammt 87 Tage, davon 23 Sonnstage, unterwegs war und zwar behufs Agitation 10 Reisen mit zusammen 44 Tagen, bei Lohnbewegungen und Streiks 9 Reisen mit zusammen 28 Tagen, bei Gau- und anderen Konferenzen 6 Reisen mit zusammen 8 Tagen, bei Streitfällen in Mitgliedschaften und Gauen 2 Reisen mit zusammen 5 Tagen und wegen Prozessen 1 Reise, die 2 Tage in Anspruch nahm.

Wenn der Vorsitzende einige Tage auf Reisen sein mußte oder mit einer notwendigen Arbeit längere Zeit aufgehalten wurde, dann hatten sich die Korrespondenzen in großer Zahl aufgehäuft. Hierbei muß man in Betracht ziehen, daß ja die größeren und älteren Mitgliedschaften im Allgemeinen dem Vorsitzenden die allerwichtigsten Arbeit verursachten, dagegen die neuerrichteten Zahlstellen bedeutend mehr, denn eine Unmasse Anleitungen in der Führung der Kassen- und sonstigen Geschäfte der Mitgliedschaften müssen da den neugewählten Verwaltungsbeamten erst beigebracht werden; durchweg besitzen ja unsere Kollegen sehr geringe Schulbildung, haben auch noch nie Gelegenheit gehabt, in das Vereinsleben Einblick zu nehmen, ehe sie einen solchen Posten bekommen und in den meisten Fällen werden auch, weil die betreffenden Kollegen sich und ihre Fähigkeiten noch nicht kennen, in neuen Mitgliedschaften nicht die tüchtigsten Kollegen in den Vorstand gewählt, sondern die, welche gleich bei der Gründung das meiste Interesse zeigen und das sind nicht immer die Fähigkeiten.

Auch in der Geschäftsführung in den Mitgliedschaften werden die Agitationskommissionen viel nützen können, wenn die von diesen ausgesandten Patroliern stets die Geschäfts- und Kassenführung der Mitgliedschaften genau kontrollieren und besonders den neuen Mitgliedschaften hierin mit Rath und That zur Seite stehen.

Der Verkehr zwischen Vorstand und Gauenkommissionen einerseits, sowie des Erstere mit den Mitgliedschaften und Einzelmitgliedern war in allen Fällen ein außerordentlich guter. Allerdings läßt es sich bei der Häufung der Geschäfte nicht vermeiden, daß nicht alles so prompt erledigt werden konnte, wie das hätte zu wünschen und ist es denn auch lobend anzuerkennen, daß die Mitglieder Mithat hierauf nahmen. Bei vorkommenden Unregelmäßigkeiten in einzelnen Mitgliedschaften, wie auch

in dem Falle, wo die Agitationskommission eines Gauen sich Rechte anmaßte, welche ihr nach den Beschlüssen des Verbandstages nicht zustanden, mußte allerdings eine ernste Sprache seitens des Vorstandes geführt werden, doch steigt in diesem letzteren Falle, wie auch sonst, der gesunde Sinn der Mitglieder und es war möglich, diese Angelegenheit zu schlichten.

Ueber diese und ähnlichen unliebsamen Angelegenheiten wird ja den Delegierten eingehend auf dem Verbands-tage berichtet werden; es erübrigt sich also, dieselben hier anzuführen. Mit der fortschreitenden Vergrößerung des Verbandes vermehrten sich ja auch leider diese Sachen, denn es giebt nun einmal Leute, welche ohne Streit nicht leben können, Alles kritisieren aber selbst Nichts besser machen können oder wollen. Durch solche Vorgänge wird aber leider nur zu oft den wirklich tüchtigen und tüchtigen Leitern der Mitgliedschaften alle Lust zu energischer Arbeit geraubt und statt der so notwendigen Aufklärung und Bildung der Versammlungen werden diese mit über persönlichen Zänkereien und Geßelligkeit ausgefüllt. Soziale Kritik der Anwarts, Beschlüsse und Unternehmungen der Mitgliedschaften kann der Organisation nur nützen; aber nichts ist ihr schädlicher, als fortwährende Kränkeln, in den meisten Fällen noch dazu nicht öffentlich, sondern im Geheimen betriebenen. Derartige Treiben und Heterogenen sollten sich die Mitglieder ganz energisch verweigern.

Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des ersten Quartals 3861 (im Vorjahre 3353); im zweiten Quartal 3914 (3487), im dritten Quartal 4595 (3695), und am Schlusse des Jahres 5965 (3850) in den Listen geführte Mitglieder. Also betrug im Jahresdurchschnitt die Mitgliederzahl 4524 (im Vorjahre 3395), macht ein Mehr von 988 Mitgliedern im Jahre 1900.

Die Zahl der wirklich zahlenden Mitglieder steht allerdings, wie dies die gezahlten Beiträge beweisen, in gar keinem Verhältnisse zu dieser Mitgliederzahl, denn es wurden 3408 Monatsbeiträge einliefert, wegen Arbeitslosigkeit 1420 Beiträge erloschen und wegen Krankheit 287, macht zusammen 3715 Beiträge, erzieht also eine Jahreszahl der regelmäßig zahlenden Mitglieder 3726 (wenn man die Zahl der gezahlten Beiträge durch 12 dividirt; rechnet man allerdings nur durchschnittlich 9 gezahlte Beiträge auf das Mitglied — was bei uns ohne Weiteres seine Berechtigung hat, da im 4. Quartal 1370 Mitglieder neu aufgenommen wurden — so erzieht sich eine Zahl der durchschnittlich Beitrag zahlenden Mitglieder von 4035). Diese Thatsache, wie der weitere Umstand, daß im Berichtsjahre dem Verbands 5458 Mitglieder beitrugen (gegen 4362 im Vorjahre), also wir bedeutend mehr Neuaufnahmen hatten als in Wirklichkeit zahlende Mitglieder, sollte doch allen Verbandsmitgliedern wie den Vorständen der Mitgliedschaften ernstlich zu denken geben, denn dadurch wird uns die wünschenswerthe Notwendigkeit gezeigt, Mittel und Wege zu suchen, wie wir die einmal gewonnenen Mitglieder dem Verbands erhalten. Und dazu giebt es keinen anderen Weg, als Zeitspende, Haus- oder Werkstattentlastung und schließlich die Notwendigkeit, durch greifbare materielle Vortheile, wie die Einführung der Arbeitslofenunterstützung, die Neuzugeworbenen dem Verbands als Mitglieder zu erhalten und sie in den Versammlungen zu überzeugen, daß sie für die Verbesserung ihrer so traurigen Lage zu ergreifen!

Erlaß der Beiträge wegen Krankheit und Arbeitslosigkeit. In 20 Mitgliedschaften wurde, obgleich der Vorstand öfters im Nachhinein darauf hinwies, der Erlaß der Beiträge überhaupt nicht gebühren. Bant-Wilhelmshaven, Chemnitz, Danzig, Eberstadt, Eßlingen, Kirch-Gotha, Köln, Neumünster, Neustadt, Solingen, Srandau, Walberburg, Wilhelmshaven, Götzen, Paffau, Erding-Kreuzna, Gelbronn und Almenau.

In 10 Mitgliedschaften wurde der Erlaß der Beiträge nur mangelfast (in einem von Romaten) gebühren. Die Buchung fehlte in Brunnshöwe 11, Darmstadt 3, D. über 5, Düsseldorf 1, Frankfurt 7, Kaiserslautern 3, Lang 1, Mauerbacher Grund 11, Nördorf 2 und Sülzquart 10 Monate. Diese Unterlassung ist ernstlich zu tabeln, denn sie macht es uns unmöglich, eine genaue Uebersicht über die Arbeitslosigkeit und Krankheitsfälle der Verbandsmitglieder zu erhalten. In München wurden keine Beiträge erlassen, weil dort die Arbeitslofenunterstützung besteht, dagegen in Nürnberg seit die Arbeitslofenunterstützung dort einzuführt ist, 20 Mitgliedschaften brachten keine Beiträge wegen Arbeitslosigkeit und 25 Mitgliedschaften keine wegen Krankheit zu erlassen.

In 43 Mitgliedschaften wurden wegen Arbeitslosigkeit 1420 Monatsbeiträge erlassen und zwar: Altona 56, Berlin 72, Braunschweig 4, Bremen 36, Götting 5, Darmstadt 13, Dortmund 31, Dresden 9, Eberfeld 18, Frankfurt 2, Frankfurt 210, Halle 14, Hamburg (Grobbäcker) 200, Hamburg (Weißbäcker) 159, Hannover 34, Srandau 14, Kaiserslautern 2, Karlsruhe 25, Kiel 14, Kreuzna 1, Landshut 7, Leipzig (Mitglied) 84, Leipzig (Einzelmitglied) 43, Paderborn 17, Paderborn 19, Paderborn 20, Paderborn 49, Paderborn 53, Paderborn 12, Paderborn 7, Paderborn 1, Paderborn 9, Paderborn Grund 3, Paderborn

42 Altbord 2, Stettin 13, St. Johann-Saarbrücken 37, Wiesbaden 23, Würzburg 28, Bayreuth 3, Breslau 1, Freiburg 5, Bamberg 1.

Wegen Krankheit wurden 38 Mitglieder 287 Monatsbeiträge erlassen und zwar in Altona 11, Kusaburg 1, Berlin 13, Bremen 16, Cottbus 5, Darmstadt 4, Dortmund 6, Dresden 4, Elberfeld 3, Frankfurt a. M. 14, G. Halle 2, Hamburg (Grobhäder) 34, Hamburg (Weißbäder) 15, Hannover 5, Harburg 3, Kaiserlautern 1, Karlsruhe 2, Leipzig 8, Kreuznach 2, Leipzig (Mitgliedersch.) 15, Leipzig (Eingelmitglieder) 7, Ludwigshafen 4, Lübeck 7, Nürnberg 5, Magdeburg 15, Mainz 20, Mannheim 13, Münsterberg 5, Pirmasens 1, Pirna 2, Regensburg 4, Stettin 5, St. Johann-Saarbrücken 8, Wiesbaden 7, Würzburg 6, Breslau 1, Freiburg 2.

Mitgliedersch. und Zahlweise hatte der Verband im Berichtsjahre 85 (74 im Vorjahre). Davon wurden 27 neu errichtet (24 im Vorjahre), 5 gingen wieder ein (16 im Vorjahre), davon 1, die erst im Laufe des Jahres errichtet war (Bassau) (5 im Vorjahre), so daß der Verband am Schlusse des Berichtsjahres 50 Mitgliedersch. und am Schlusse des Vorjahres 58 im Vorjahre. Das günstigste Ergebnis stellte sich im ersten Halbjahre auf das Konto der Gastommissionen und der regen Agitation und Frühling, welche diese mit den Mitgliedersch. ihres Gaues hatten, wobei diese in der G. durch die Gastommissionen war der Vorstand in der Lage, bei vorkommender Gefahr, die nach einigen Monaten Begeisterung in neuen Mitgliedersch. immer eintritt, wenn diese jungen und im Gewerkschaftskampfe noch nicht geübten Mitglieder einsehen mußten, daß die von ihnen erhoffte Verbesserung ihrer Lage nicht so schnell, wie sie sich's gedacht, nicht im Handumdrehen eintrat — schnell sie sich's gedacht, nicht im Handumdrehen eintrat — schnell und energig eingetreten, aufmuntern und die Verwaltungen der neuen Mitgliedersch. stärken zu können.

Die Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen erforderte im letzten Jahre die Aufbietung aller Kräfte und zeigen einestheils die Ausgaben für Agitation in der Abrechnung, andernteils aber auch die Erfolge, besonders in Süddeutschland, das erst seit 1897 für den Verband erschlossen ist, indem dort die ersten Mitgliedersch. in München und Stuttgart errichtet wurden, daß das, was früher für eine Unmöglichkeit gehalten wurde, durch die Agitation im letzten Jahre doch erreicht worden ist.

Außer mehreren Versammlungen in norddeutschen Städten machte der Verbandsvorsitzende im April und Mai eine größere Agitationstour durch den 7. und 8. Gau. Diefelbe war aus verschiedenen Ursachen unbedingt notwendig geworden, welche hier auszuführen zu weit führen würde. Anlässlich der Reisen zu den Lohnbewegungen und Streiks hielt der Vorsitzende dann noch verschiedene Agitations-Versammlungen in mehreren Städten ab und unternahm ferner im Herbst die Tour durch Sachsen. Durch einzelne Gauen, wo es in der Agitation an den nötigen Personen fehlte, mußten durch Beauftragte des Vorstandes einige Agitationsreisen unternommen werden, die sich damals noch nötig machten. In der zweiten Hälfte des Jahres war in der Thätigkeit auch dieser Gau mehr Selbstständigkeit eingetreten, so daß nunmehr zu erwarten steht, daß jolches Eingreifen des Vorstandes in die Agitation unnötig wird.

In 16 Fällen mußte der Vorstand agitatorisch thätig, von den Innungen gemahrgangene Kollegen nach anderen Orten senden, wo solche Kräfte nötig waren. Alle die Anforderungen, welche in dieser Beziehung an den Vorstand gestellt werden, konnten natürlich nicht befriedigt werden, denn der Mangel an wirklich agitatorisch fähigen Kollegen ist zu groß und wenn es auch erfreulich ist, daß mehr und mehr die Mitgliedersch. darauf bedacht sind, die jungen, intelligenten Mitglieder zur Führung der Verbandsgeschäfte heranzubilden, so bleibt doch in dieser Beziehung sehr viel zu wünschen übrig. In einzelnen Fällen machte auch der Vorstand mit den von ihm nach anderen Städten abwesenden Aufgänger geschickten Agitatoren recht traurige Erfahrungen, indem diese gleich beim ersten Anlauf das Feld ihrer Thätigkeit wieder räumten und wenn nicht alles nach Wunsch gingen den Ort wieder verließen oder auch durch Entgegenarbeiten der dort einheimischen Kollegen die Lust zu energischer Agitation verloren. Solch vereinzelt Misserfolge sind allerdings nicht im Stande, die bedeutenden Erfolge in der Agitation, welche durch dieses System in Städten und Bezirken erzielt wurden, im anderen Falle noch in Zahlen formen Mitgliedersch. sich dauernd gehalten hätte, wieder aufzuheben. Es hat sich diese Agitation trotz kleiner Unzulänglichkeiten bewährt.

Die Gau-Einteilung und die Agitation durch von den Gauen eingesetzte Kommissionen hat sich bewährt. Am fruchtbarsten und erfolgreichsten wurde von diesen im 4., 6., 7. und 8. Gau gearbeitet. Dabei muß aber betont werden, daß auch die übrigen Gastommissionen nach Kräften ihre Pflicht erfüllt haben und war deren Thätigkeit nicht so erfolgreich, so hat das einestheils seine Ursache an den Fehlern größerer Städte in ihren Bezirken, andernteils haben sie in mehreren Großstädten mit verschiedenen Sequenzen unter den uns fernstehenden Kollegen, wie auch mit dem Umstände zu rechnen, daß fast in jeder größeren Stadt Norddeutschlands ein oder mehrmals eine Mitgliedersch. bestand, die entweder durch Kapregelungen seitens der Meister oder auch durch Einschaltung der führenden Kollegen wieder zu Grunde gingen worüber die Agitation ungemein erschwert wird.

Der große Unterschied in der Bewilligung der Geldmittel an die Agitationskommissionen (1. Gau 80 M., 2. Gau 140 M., 3. Gau 140 M., 4. Gau 200 M., 5. Gau 100 M., 6. Gau 230 M., 7. Gau 470 M., 8. Gau 95 M.); in Summa 2310 M. gegen 350 M. im Vorjahre) zeigt ja auch den Mitgliedern, daß der Vorstand sich hierbei nur von dem Prinzip leiten ließ, in den Gauen, mit einigiger Sichererheit Erfolg zu rechnen ist, nicht allzusehr zu sparen, während dies, gemäß der geringen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und der Ausichtslosigkeit des Erfolges, in anderen Gauen unbedingt gethan werden mußte. In den nächsten Jahren dürfte sich dieses Verhältnis ganz bedauerlich verschlechtern, da wohl mit Sicherheit behauptet werden kann, daß beizielweise der 8. Gau, wo wir in fast jeder bedeuten den Stadt eine Mitgliedersch. haben, uns in den nächsten Jahren nicht in dem Maße Agitations-Unterstützung verweigern wird, wie der 1., 2. und ganz besonders der 5. Gau (Mitgliedersch. Deutschlands). In diesem Gau ist der Organisationsstand noch am allermeisten fortgeschritten unter unseren Kollegen, obwohl wir gerade hier die allergrößte Lehrsatzbehörde, die niedrigsten Löhne und die erbärmlichste Verpflegung zur Behandlung unserer Kollegen vorfinden. Und soll dies Gehalt nicht auch ferner nur ein einziges großes Streikbrecherdepot bei unseren Lohnbewegungen sein, dann erfordert es sofort eine Arbeit, dort die Masse der Kollegen anzuzurufen. Dazu ist aber die Gastommission nicht allein im Stande, sondern alle Mitgliedersch. müssen mitwirken, indem sie die auf der Reise befindlichen Mitglieder dazu ermahnen, nach den Städten des 8. Gaus zu reisen.

Reiseunterstützung wurde an 286 Mitglieder ausbezahlt in der Gesamthöhe von 1016 M. Davon empfingen 47 Ausländer zusammen 196 M. und zwar: 31 Mitglied. des dänischen Verbandes 141 M., 3 Mitglied. des schwedischen Verb. 8.— M., 1 Mitglied. des englischen Verb. 1.— M., 2 Mitglied. des Schweizerischen Verb. 2.— M., 2 Mitglied. des ungarischen Verb. 9.— M. und 8 Mitglied. des österreichischen Verb. 35 M.

In der Auszahlung der Reiseunterstützung und Ausfüllung der Formulare machen sich in letzter Zeit wieder Fehler in mehreren Mitgliedersch. bemerkbar und sei hierbei darauf hingewiesen, daß nur Mitglieder, die mindestens sechs Monate dem Verbande angehört und ihre Beiträge voll entrichtet haben, eine Reiselegitimation und Unterstützung erhalten können. Im Uebrigen sei auf die Bekanntmachungen im Berichtsjahre hingewiesen.

Ausschlag wurde Verbandsmitgliedern in 31 Fällen bewilligt, davon mehrere Male in der Revisionsinstanz. 9 Beschäftigungsbefehle wurden abgelehnt. Aus Lohnbewegungen, Streiks und Sperren entstanden 11 Fälle mit 27 Angeklagten; in 18 Fällen mit 22 Personen handelte es sich um andere Prozesse oder Klagen, die aus dem Arbeitsverhältnis entstanden. Aus Lohnbewegungen und Streiks entstanden folgende Fälle: 2 Personen wurden in Magdeburg wegen unerlaubter Sammlung von Geldern zu je 5 M. Geldstrafe verurteilt; der Verbandsvorsitzende wegen desselben Vergehens und Angehörige Anstiftung dazu zu 25.— M., derselbe wurde jedoch in der Revisionsinstanz freigesprochen. Wegen Verurteilung wurden fünf Personen verurteilt, davon eine in Würzburg zu 75 M. Geldstrafe, 2 in Wiesbaden zu je 5.— M. Geldstrafe und zwei in Hamburg (Sperre der Bäckerei Busch) zu je 50 M. Geldstrafe. Ein Kollege wurde in Wiesbaden zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt wegen Verdröhung. Dasselbe vier Personen wegen öffentlicher Beleidigung in erster Instanz verurteilt, in der Revisionsinstanz freigesprochen. In Leipzig mußte ein Kollege wegen öffentlicher Beleidigung 30 M. Strafe erleiden, während in Regensburg ein Kollege wegen Beleidigung und Verdröhung (§ 153 b. St.-O.) freigesprochen wurde. Wegen Verbreitung von Flugblättern anlässlich des Grobhdaderstreiks in Hamburg-Altona wurden drei Mitglieder Strafmandate von je 7, 10 und 10 M. Dasselbe wegen desselben Vergehens anlässlich der Sperre der Bäckerei Busch 9 Personen Strafmandate und zwar 1 zu 5, 2 zu 6, 1 zu 9, 1 zu 10, 1 zu 20, 1 zu 30, 1 zu 40 und 1 zu 60 M.

Die übrigen Rechtsschutzsachen vertheilen sich wie folgt: Ein Mitglied angeklagt in Harburg wegen öffentlicher Beleidigung (am Jahreschluss noch nicht erledigt); ein Mitglied wegen desselben Vergehens in Kaiserlautern (freigesprochen); je ein Mitglied wegen desselben Vergehens in Plauen i. V. und Halle zu je 50 M. Strafe verurteilt; wegen Beamtenbeleidigung in Dortmund wurde ein Mitglied zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt; in München wurden drei Personen wegen Beamtenbeleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt, aber freigesprochen; wegen Beleidigung und Verurteilung wurde ein Mitglied in Kreuznach in erster Instanz freigesprochen, in zweiter Instanz zu 6 Tagen Gefängnis verurteilt; in Mannheim wurde ein Mitglied wegen Sachbeschädigung (Durchbohrung der Kalenderfahle) angeklagt, aber freigesprochen. In Erlangen, Dresden und Waldenburg wurde je ein Mitglied wegen Verdröhung des Vereingesezes angeklagt, ersteres freigesprochen, letztere zu 25 und 10 M. Geldstrafe verurteilt; im Saargebiet wurden drei Mitglieder wegen Verbreitung von Flugblättern an öffentlichen Straßen und Plätzen zu je 15 M. Geldstrafe verurteilt; in Berlin wurde der Redakteur unseres Fachblattes wegen Beleidigung durch die Presse zu 300 M. Geldstrafe verurteilt; wegen desselben Vergehens schwebt gegen denselben in Stuttgart noch ein Prozeß; in Harburg schwebt ein langwieriger Zivilprozeß, in welchem uns die Brüderchaft des Jänner des Verbandes (Rahne usw.) freitrag machen will. Derselbe ist noch nicht zu Ende geführt. Außerdem wurde noch in 3 Fällen den Kollegen wegen Lohnstreitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis Rechtsschutz gewährt und gewonnen diese in zwei Fällen ihre Klage, während eine abgewiesen wurde.

Die Gewährung von Rechtsschutz kostete dem Verbande die Kleinigkeit von 3389.19 M. (im Vorjahre 2251.29 M.) und zeigt diese gewaltige Steigerung die Wuth unserer Gegner, durch rechtliche Prozesse den Verband in seinen sonstigen Aktionen lahm zu legen. Dies muß uns zu doppelter Vorsicht mahnen, besonders bei der Bekämpfung der Bäckereimittelstände, denn in den meisten Fällen werden unsere Mitglieder verurteilt, wenn auch nur das Tüpfelchen über dem i in dem zu erbringenden Wahrheitsbeweise fehlt.

Lohnbewegungen und Streiks weist das letzte Jahr in unserem Verufe mehr auf als eines der Vorjahre. Diefelben sind eingehend in der im Oktober herausgegebenen Broschüre geschildert, weshalb wir es uns wohl verlagern können, eingehend darauf zurückzukommen und erwähnen wir dieselben nur kurz: a) Streiks. In fünfjährigem Kampfe vom 26. bis 30. April errangen die Grobhdäder von Hamburg 1 bis 3 M. Lohnzulage pro Woche und die Durchführung der Sonntagsruhe; 271 Kollegen hatten die Arbeit eingestellt und betrogen die Kosten des Streiks 2670 M. Zu gleicher Zeit legten 59 Weißbäder in 25 Betrieben, welche 1888 nicht bewilligt hatten, 21 M. Lohnzulage und Beseitigung von Ross und Laos beim Meister zu erringen, was auch in sechs Betrieben erreicht wurde, während noch fünf Wochen der Kampf mit den übrigen Betrieben aufgegeben wurde. Die Kosten dieses Kampfes belaufen sich auf 588.50 M. Am 16. Mai kam in Leipzig ein Streik zum Ausbruch wegen folgender Forderungen: Beseitigung von Ross und Laos beim Meister, Einführung von Lohnzulagen in Höhe von 18, 21 und 24 M. pro Woche und Gewährung von drei freien Tagen im Jahr. 21 Kollegen legten die Arbeit nieder während eine große Anzahl von Kollegen, die für den Streik gestimmt hatten, sich in Lohnbewegungen von 1 bis 3 M. bewegen ließen, wodurch außer Acht gelassen Betrieben weiter zu arbeiten. Am 2. Juni, nach 17-tägigem Kampfe, wurde dieser verliert, die Kollegen arbeiten zu neuen Bedingungen. Dieser Kampf kostete 157 M. In Frankfurt a. M. wurde am 21. Juni unter entchieden günstigeren Verhältnissen von 150 Kollegen die Arbeit niedergelegt, nachdem 430 Kollegen folgende Forderungen bewilligt erhalten hatten: Beseitigung von Ross und Laos beim Meister, Einführung von Lohnzulagen in Höhe von 20, 24 und 27 M. und drei freie Tage im Jahr. Nach fünfjährigem Kampfe konnte schon der vollständige Sieg und das Ende des Kampfes proklamirt werden, der durch eigene Kraft, ohne jede Hilfe der Prokonsumenten geföhrt war und 1492.50 M. gekostet hatte. Die Errungenschaften sind im 9. Juli in einem Tarif, abgeschlossen zwischen Meister und Gesellen, beim Gewerbeamt festgesetzt. b) Lohnbewegungen. Im April erreichten in Schwabach die dort beschäftigten 15 Gehilfen in Ver-

handlungen mit dem Meisterverein eine Lohnerhöhung von pro Woche 2 M. neben anderen Vergünstigungen. In Regensburg drohten die eingeleiteten Verhandlungen mit der Innung wegen geforderter Beseitigung der Beschlüßigung im Sande zu verlaufen, da die Kollegen nicht von ihren Forderungen ablassen wollten und pochen auf ihrer guten Organisation auf den Streik hindrängen. In abermaligen Verhandlungen gelang es aber den Bevollmächtigten von Ausschuss und Vorstand, eine Einigung herbeizuföhren, die Beseitigung der Beschlüßigung und bedeutende Lohnerhöhungen brachte. In der Brodfabrik Hausen bei Frankfurt a. M. erzielten 22 dort beschäftigte Bäder je 2 bis 3 M. Lohnerhöhung.

In Berlin ist im Sommer eine bemerkenswerthe Lohnbewegung abgeschlossen worden, nachdem sie schon 2 Jahre dort die Gemüther erregt hatte. Nach langen Verhandlungen wurden die vom Gewerbeamt gemachten Vergleichsvorschläge am 13. Juni angenommen, Vorschläge, durch welche der Anfang zur Beseitigung des Ross- und Laoswesens gemacht wird, indem in kleineren Betrieben der Werkmeister, in größeren Wertmeister und Metzger außer dem Hause sind.

Die Rüfner Gehilfenschaft mußte, dank ihrer schlechten Organisationsverhältnisse, nachdem sie sich selbst ca. 1 1/2 Jahre in Aufregung gehalten hatte, am 27. Juni den Verbandsvorschlügen der Innung zustimmen. In Saarredie hatten sich die Kollegen durch ihr Auftreten in der Öffentlichkeit einen bewertigen Respekt erworben, daß viele der Meister die aufgestellten Forderungen auf Abschaffung des Ross- und Laoswesens bewilligten, andere wieder gaben 2 bis 3 M. Lohn pro Woche mehr, fantiare Uebelstände wurden überall beseitigt. In Anbetracht des Erreichten verzichteten unsere Kollegen auf weitere Maßnahmen, das Errungene nur als Abschlagszahlung betrachtend.

Offenbach a. M. wollte Frankfurt a. M. nicht nachsehen und reichte im Juni Forderungen auf Abschaffung des Ross- und Laoswesens bei der Innung ein, mußte sich aber mit einigen Lohnerhöhungen zufrieden geben. In Erfurt und Weimar, wo die Organisation noch sehr im Argen liegt, versuchten die dortigen Kollegen eine Verbesserung ihrer Lage durch Lohnerhöhung von 1 bis 2 M. pro Woche durchzusetzen, was ihnen auch gelang. In der Rohlbadfabrik Hamburg vorahrfelbe erzielten die Arbeiter am 14. August eine Lohnerhöhung von 1.50 M. pro Woche. In der Brodfabrik „Eibe“ Altona erzielten 13 Arbeiter einen Zuschlag von 1 bis 3 M. pro Woche.

c. Mahrgelungen und Sperren: Die Brodfabrik Babel-Berlin hatte am 29. 12. 1892 2 Kollegen gemahrgestellt. Durch die Solidarität der übrigen Arbeiter wurde die Fabrikleitung gezwungen, nach einigen Tagen die Gemahrgestellten wieder einzustellen. Im Leipzig-Centraler Konsumverein wurde ein Versuch der Geschäftsleitung, anstatt der Achtstundertacht die Zwölfstundertacht wieder einzuföhren, erfolgreich abgewiesen. In der Chemnitzer Brodfabrik von Selmann wurden 2 Kollegen gemahrgestellt. In der Konsumbäckerei Gottha wurden auf Betreiben des Badmeisters 2 Kollegen gefändigt, aber nach Verhandlungen der Geschäftsleitung mit dem Gewerkschaftsrat und der Verbandsleitung mußte die Kündigung retour genommen werden.

Die Frankenthaler Innungsproben hatten beschlossen, alle Verbandsmitglieder zu mahrgeln und machten bei einer Witwe den Anfang mit 2 Kollegen. Das Eingreifen der Arbeiterschaft, die mit Boykott drohte, befehrt sie aber eine Besseren und weitere Maßregelungen unterließen. Eine über die Firma J. Busch, Hamburg, verhängte Sperre mußte nach fünfmonatlicher Dauer als ausichtslos aufgehoben werden.

Der Breslauer Konsum-Verein maßregelte am 5. Dezember aus wichtigen Gründen 3 Verbandsmitglieder; alle vom Arbeitersekretariat, Vorstand der Mitgliedersch. und dem Verbandsvorstand unternommenen Einigungsversuche verliefen ergebnislos.

Die Aufbringung der notwendigen Mittel zu den Streiks

erfolgte durch die durch Urabstimmung beschlossenen Streikbeiträge, die in Klassen von 20, 30, 40 und 50 Pf. erhoben wurden. Im Mai, als überall noch Streiks in Aussicht standen, besonders in Berlin ein gewaltiger Streik drohte und in Hamburg-Altona die Innungsgrößen mit einer Aus-sperrung sämtlicher Verbandsmitglieder drohten, sahen sich Ausschuss und Verbandsvorstand veranlaßt, eine einmalige Erhebung der doppelten Rate für den Juni zu beschließen. Hatten sich anfänglich 2 Mitgliedersch. aus Gründen örtlicher Natur gemweigert, ihre Pflicht hierin zu erfüllen, so gelang es doch dem Eingreifen des Vorstandes, daß auch diese halb eintraten, daß durch Urabstimmung oder notwendige Beschlüsse des Ausschusses und Vorstandes eingeföhrt Streikbeiträge unbedingt bezahlt werden müssen und sie ihren Pflichten nachkamen. Allgemein wird jetzt auch in den Mitgliedersch. anerkannt, daß das System der Streikbeiträge, durch Marken im Mitgliedsbuch quittirt, dem Sammellisten-system vorzuziehen ist. Besser ist es allerdings, wenn der nächste Verbandsstag den Beitrag in der Weise erhöht, daß der Verbandsvorstand nicht bei jeder Kleinigkeit gezwungen ist, Extrabeiträge auszuschreiben zu müssen, denn Verquügigen macht es wahrlich nicht, mit leerer Kasse zu arbeiten.

Die internationalen Beziehungen

zu den ausländischen Bruderverbänden waren dieselben wie im Vorjahre. Mit den Verbänden: Desterreich, Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland und Amerika standen wir im Verkehr. Um die Versuche in Basel und Zürich, die dortigen Kollegen der gewerkschaftlichen Organisation zuzuföhren, zu unterstützen, lieferten wir den dort bestehenden Fachvereinen unser Fachblatt in einer Anzahl Exemplaren reagemäßig gratis. In letzter Zeit hat sich ebenfalls ein reger Verkehr mit den deutschen organisierten Kollegen in London (England) herausgebildet.

Mitglieder ausländischer Bruderverbände wurden unentgeltlich in unseren Verband aufgenommen: Aus Dänemark 58 (17 Mitglieder unseres Verbandes nach dort übergetreten), Desterreich 8, England 5, Amerika 1, Norwegen 2, Schweden und Ungarn je 1 Mitglied.

Zur Generalkommission

standen wir im selben Verhältnis wie in früheren Jahren. Ein vom Vorstande an dieselbe gerichtetes Gesuch, uns in Anbetracht der so notwendigen bedeutenden Agitationsausgaben, die in unserem Verbande höher als in jedem anderen Verbande sind, einen Zuschuß von 1000 M. zur Agitation zu gewähren, wurde genehmigt.

Arbeitsvermittlung

Auf die Arbeitsvermittlung in unserem Verufe mitbestimmend wirken zu können, beteiligten wir uns allerdings in den Gefellensauschuss-Wahlen zur Zwangsoder freien Innung, wo unsere Beteiligungen auch durchweg von Erfolg begleitet war. Allerdings werden die Ausschlußmit-

„Aber auch mit dem besten Willen an dem Charakter der Innungs-Arbeitsnachweise als Maßregelungsbehörde nur wenig zu ändern im Stande sein, deshalb ist es überall da notwendig, wo sich nur eine Gelegenheit dazu bietet, darauf Bedacht zu nehmen, daß seitens der Mitgliedschaften Arbeitsnachweise des Verbandes erledigt werden. In erster Linie ist es notwendig, wo Forderungen aufgestellt werden, die nicht zu vergessen: „Anerkennung des Verbandes-Arbeitsnachweise“. Zu den schon bestehenden Arbeitsnachweisen in Berlin, Dortmund, Hamburg, Harburg, Dresden, Leipzig, Ludwigshafen, Lübeck, Halle und Nürnberg wurden noch solche in Frankfurt, Regensburg und St. Johann-Saarbrücken errichtet.

Statistische Erhebungen

wurden im Berichtsjahre nur in einzelnen Städten (neueren Mitgliedschaften) und im 7. Gau über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserem Berufe aufgenommen. Leider ist von der Agitationskommission in Frankfurt das Resultat dieser Erhebungen im 7. Gau nicht sofort festgestellt worden und als erst die Streiks und Lohnbewegungen in Frankfurt, Offenbach und dem Saarrevier klappt mit den „alleherwürdigen“ Verhältnissen und Schmutzerien in den Bäckereien aufgeräumt hatten, war dieselbe veraltet.

Fortwährend eruchten Mitgliedschaften den Vorstand um Material zur Aufnahme der Verhältnisse in den Bäckereien. Es mußte jedoch abgelehnt werden, neues Material herzustellen zu lassen, da einerseits ziemlich sicher ist, daß der nächste Verbandstag wieder statistische Aufnahmen über das ganze Land veranlassen wird, andererseits auch in Betracht zu ziehen ist, daß es in sehr vielen Orten an fähigen Leuten mangelt, welche die Arbeit der Zusammenstellung des Materials ausführen.

Das Fachorgan

erschien im Beginn des Jahres in einer Auflage von 5400, am Schlusse des Jahres in 7000 Exemplaren. 12 Nummern mußte je eine Beilage beigegeben werden; diese Ausgabe hätte sich vermeiden lassen, wenn die Schriftführer die so oft an sie ergangene Mahnung, nur kurze Berichte über wichtige Versammlungen einzusenden, beachtet hätten! Leider ist es nicht immer möglich, all das Ueberflüssige aus den Versammlungsberichten zu streichen, weil sonst sehr oft der ganze Sinn aus denselben gerissen würde und dieselben erst umgeschrieben werden müßten. Dazu fehlt aber dem Redakteur die Zeit! Der Verbandstag wird hierin Wandel schaffen müssen.

Eine ganze Anzahl Eingangsbriefe, welche Streitfälle in einzelnen Mitgliedschaften und recht oft persönliche Färbereien behandelten, mußten zurückgewiesen werden, wodurch sich gewöhnlich die Einsender beleidigt fühlen. Daran kann leider die Redaktion auch nichts ändern, der im Uebrigen Mitarbeiter, die agitatorische und organisatorische Frauen behandeln, sehr lieb sind; wir haben aber die Pflicht, zu verhindern, daß über jede unbedeutende Angelegenheit eines Ortes im Fachblatt eine lange Polemik entzünde.

Können wir mit den Erfolgen bei der Agitation und den Lohnbewegungen und Streiks des Jahres 1900 voll und ganz zufrieden sein und nur wünschen, daß die folgenden Jahre ebenso erfolgreich in dieser Richtung sind, so haben wir doch in einem Punkte Grund zu großer Unzufriedenheit und zwar deshalb, weil es noch so wenig gelungen ist, die ein mal gewonnenen Mitglieder fest an den Verband zu fetten und sie zu überzeugten Mitkämpfern des Verbandes zu erziehen. Möge hierin der Verbandstag und die nächsten Jahre ganz energisch Reuebur schaffen und Mittel und Wege finden, das Verhältniß im Verbandsstabiler zu machen. Und gerade in den Großstädten sieht es hierin schlimm aus! Berlin, das Schmerzenskind des Verbandes, mußte mindestens die 20fache Zahl seiner jetzigen Mitglieder haben; Hamburg, München, Leipzig und Frankfurt a. M. haben in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, jede derselben könnte aber die doppelte bis dreifache Zahl ihrer jetzigen Mitglieder haben und neben einem eigenen Bureau von einem festangestellten, tüchtigen Beamten geleitet werden. Von anderen Großstädten sei hier gar nicht geredet! Hier heißt es, energisch den Hebel zur Besserung ansetzen. Ist es uns gelungen, die Zahl der Mitgliedschaften bedeutend zu erhöhen, so muß es uns auch gelingen, dieselben zu stärken und die gewonnenen Mitglieder dem Verbandsstabiler zu erhalten.

Der Verbandsvorstand. J. M.: D. Almann.

Gewerkschaftliches.

Maximalarbeitsstag. Der Bäckermeister Johann Wiedmann in Frankfurt a. M. war in erster Instanz zu 70 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil er die vorgeschriebenen Arbeitsstunden nicht innegehalten hat. Der Angeklagte appellirte dagegen, die Kammer aber lehnte den Antrag auf Herabminderung der Strafe ab, weil W. bereits dreimal wegen solcher Vergehen bestraft ist.

Folgendes Knüppelvers konnte man dieser Tage an einem Schrank der Bäckergarbothe des Plagwitzer Konsum-Vereins, wo sonst der Arbeiterausschuß oder die Verbandsleitung Bekanntmachungen anzulegen pflegt, lesen:

Resolution à la Eppendorf.

Kollegen gebt mal Acht,
Was hiermit wird bekannt gemacht:
Wer die 15 Pfg. nicht berappt,
Und wer beim Soden wird ertappt,
Wer Tabak und Zigarren raucht,
Wer die Schnapsflasche zu viel braucht,
Wer schnupft und laut, bei Wittfrauen pumpt,
Das ist der allergrößte Lump.
Wer seinen Bollbart nicht rasirt,
Wer im Schilde das Bildschwein markirt,
Wer Mädchen liebt und sie nicht freit,
Wer am Wirtschaftswagen Konsum f. schreibt,
Wer sich der Verbandsleitung nicht fügt,
Und vor ihr nicht zu Kreuze kriecht,
Der fliegt sofort mit Mann und Maus
Aus dem Konsum-Tempel raus.

BN.
Wer sich ausgiebt als Realist,
Der hat in seinem Kopf nur Mist.

Ein Kommentar zu diesem dichterischen Auswurf wäre eigentlich überflüssig, denn jeder vernünftige Mensch würde diese poetische Leistung zu schätzen wissen, aber Unparteiliche könnten manches mißverstehen. Der Kollege Eppendorf ist nämlich Vorstandsmitglied der hiesigen Mitgliedschaft und

zugleich auch Mitarbeiter am Plagwitzer Konsumverein. Da nun in letzter Zeit das Hazardspiel unter diesen großartigen, gebildeten und aufgestellten Kollegen so eminent um sich griff, daß es bereits die Desfentlichkeit erreicht hatte, mußte ein Radikalmittel angewandt werden, um dasselbe einzudämmen. In einer Wertstücken-Versammlung wurde folgende, von E. eingebrachte Resolution mit großer Majorität angenommen: „Die heutige Bäckerverversammlung des Leipziger-Konsum-Vereins erklärt das Hazardspiel eines ehrenhaften Mannes unwürdig und verspricht, dasselbe mit allen Mitteln zu bekämpfen. Sollten Kollegen dabei betroffen werden, sind dieselben durch den Arbeiterausschuß der Verwaltung zur Entlassung zu empfehlen.“ Darob nun unter den Spielern große Erbitterung, obgleich dieselben es erst so weit getrieben haben, daß es so kommen mußte. — Und gerade auch dieselben Leute sind es, welche sich fortwährend weigern, eine im vorigen Jahre beschlossene Streiksteuer von 15 Pfg. pro Woche zu bezahlen. Als sie noch nicht im Konsumverein arbeiteten, haben dieselben alles versprochen, als sie aber dann durch Hintertüren oder auf Empfehlungen von Aufsichtsrathsmitgliedern erst reingekommen sind, dann war für sie die soziale Frage gelöst. Bielten ihnen der Kassier Marken an, dann tritt ihre große Bildung zu Tage. Aber faule Witze machen, wie der Knüppelvers zeigt, da sind diese Elemente groß. Nun, hoffentlich ermannen sich die noch halbwegs denkenden Kollegen aus Plagwitz, daß sie diesen Zuständen ein Ende machen, denn an derartigen Personen verlieren sie nichts und auch das Geschäft kann froh sein, wenn es solche auf der untersten Bildungsstufe stehenden Bäcker nicht mehr zu seinem Personal zu zählen braucht.

J. M. g. t.

Wieder liegt eines der „Kölnischen Kinder“ des Germania-Verbandes, nämlich die Zwangsinnung in Würzburg, im Sterben. Ueber das Todesurteil dieser „mit Ehren schwerbelasteten“ Innung (wir erinnern nur an den großartigen Schweineertragsprozess 1899 gegen die Würzburger Innungsleute!) schreiben die Innungsblätter:

„Die Auflösung der Bäckereinnung, beziehungsweise die Einberufung einer Innungsverammlung zwecks Beschlußfassung über die Auflösung, haben 93 Bäckermeister bei dem Innungsvorstand beantragt. Dieser hatte auch auf 19. Januar eine Versammlung einberufen, doch war das betreffende Ausschreiben ungültig, weil zu spät ergangen. Es hat jetzt ein neues Ausschreiben zu ergehen. Eine Entschließung der königlichen Regierung als Antwort auf den neuesten magistratischen Bericht über die Visitationen der Bäckereien konstatiert, daß sich die Zustände weiter gebessert haben.“

Wir würden uns freuen, wenn diese Patientin die schwere Krise glücklich überleben würde, denn wer sollte sonst in Würzburg die Gehäusen öffentlich durch schwarze Listen mahnen, weil sie weiter nichts gethan haben, als wie vor Gericht in dem Schweineertragsprozess die Wahrheit über die Schmutzerien der Bäckereibetriebe zu sagen, wie 1899 dort geschehen? — Daß es durch die scharfe Kontrolle der Behörden endlich soweit gebracht ist, daß dieselben in ihrem Bericht von einer Besserung der Zustände reden können, das ist das Verdienst unserer Mitglieder, welche erst mit der Fackel der Desfentlichkeit in diese Höhlen hineinleuchteten mußten!

Das Betreiben der organisierten Arbeiterkassen Würzburgs wurde vom Magistrat die Erhöhung des örtlichen Tageslohnes von 2.70 Mk auf 2.90 angeordnet. Wer sich natürlich dagegen auflehnte, das waren unsere liebenswürdigen Bäckermeister, die eine Rundfrage veranstalteten, deren Ergebnis war, daß die Bäckergehilfen keine 2.90 verdienen. Flugs wurde nun eine Eingabe an die königliche Regierung gerichtet, in der gebettelt wird, den Lohnsatz von 2.70 bestehen zu lassen, andernfalls das Gewerbe um einige Tausend Mark geschädigt wird. Da hat sich mal die Innung ein schönes Zeugnis ausgestellt, daß sie erklärt, ein Bäckergehilfe verdient keine 2.90 Mk. Nur schade, daß sie nicht dabei geblieben hat, was denn eigentlich dieselben verdienen, vielleicht darf das nicht das Licht der Desfentlichkeit schauen. Also haben wir doch auch mal, wenn auch von der Innung ohne Absicht ausgestellt, eine Festätigung unserer Angaben über die schlechten Lohnverhältnisse. Besien Dank dafür!

Der Arbeitsnachweis der Würzburger Bäckereinnung giebt in Nr. 2 der Bäckerei eine vergleichende Uebersicht seiner Thätigkeit pro 1900. Danach sind von den Arbeitgebern im ganzen 1924 Stellenangebote gemacht, von denen 1895 besetzt wurden. Diefen 1924 Stellenangeboten stehen 2915 Stellengehuche von Arbeitnehmern gegenüber, also ca. 1000 Gesuche, die nicht befriedigt werden konnten. Der ganze Bericht enthält so recht die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe und führt weiter an, daß sich darunter viele Jünglinge, durch die Billigkeit der Inanspruchherberge (na na!) angelockt, in die Listen einschreiben, bei ihrer Abreise sich aber nicht wieder freiden lassen. Es mag dies ja einestheils zutreffen und dann müssen wir den reisenden Mitgliedern nochmals zurufen, meidet vor allem die Großstädte, vermehrt durch Euer Pinakommen nicht noch die herrschende, kolossale Arbeitslosigkeit, sondern wendet Euch Ortschaften und Gegenden zu, in denen es an Arbeitskräften mangelt.

Appetitliches Weihnachtsbackwerk. Gegen einen Nürnberger Bäckermeister, der Weihnachtsbackwerk, um es einladender zu machen, auf mit Sichel beschnittene Oblaten auflegen ließ, ist auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes Untersuchung eingeleitet.

Geeignete Maßzeit! Wie der N. Bayer. Bdztg. geschrieben wird, ist wegen Vergehens wider das Nahrungsmittelgesetz gegen einen gulstürzten Bäckermeister in Fürth Strafanzeige erstattet worden. Er hatte schon längere Zeit zum Aufbewahren der beim Backen verwendeten Milch einen bleichernen Kübel benutzt, der seiner Familie nebenbei als Nachtopf diente.

Die Kontrolle der Bäckereien durch magistratische Beamte ist in Würzburg eingeführt worden. Die Bäckermeister-Innung verlangte, daß den Kontrollbeamten ein Mitglied der Innung beigegeben werde, aber der Magistrat ließ sich nicht darauf ein. Die Innung wandte sich hierauf an die unterfränkische Handelskammer, die einem erneuten Gejuch ihre Unterstützung zusagte.

Die Folgen Bäckermeister Würzburgs, die, wie wir in früheren Nummern dieses Blattes berichteten, durch einen „Nothschrei“ in Form eines Flugblattes die so verführte Verordnung gegen die Kellerbäckereien unmöglich machen wollten, werden jetzt in 2 Artikeln der „Frankl. Tagespost“ mit wichtigen Zeugnissen über die Aktion Lagerrecht, daß ihnen wohl ein für alle mal die Lust vergehen dürfte, jemals wieder derartig alberne Vbrägen in die Welt zu setzen. — Und nichts ist ja auch

leichter, als die Bäckermeister klein zu bekommen, wenn die Herren in ihrer von dem bürgerlichen Philist. abim so sehr gehätschelten Abneigungslucht der Liebeslände in den Bäckereien über die Schmutzerien, denn an Beweisen für die Wahrheitlichkeit unserer Behauptung über diese Missethäter ist kein Mangel. Wjährlich werden durch Revisionen der Behörden und Gerichtsurteile kaum für möglich gehaltene Schmutzerien der Bäckereibetriebe aus den verschiedensten Städten festgestellt. Die „Tagespost“ fährt denn auch allein 2 Spalten Missethände aus Nürnberg aus den dort ausgenommenen statistischen Erhebungen vor und bemerkt zum Schluß:

„Wir haben uns mit Absicht bei diesen Auszügen auf das Beschränkt, was das Publikum als Konsumenten interessiert, wir haben Alles weggelassen, was speziell die Bäckereiarbeiter in den Backstuben schädigt, obgleich deren Verhältnisse, Gesundheitszustand, Reinlichkeit etc. sicherlich nicht gleichgültig ist für die Beschaffenheit der Backwaaren.“

Leute, die über ihre Betriebe derartige Feststellungen unbeantwortet lassen müssen, haben allen Anlaß, bescheiden zu sein. Doch wenn die Bäckermeister dies nicht begreifen, müssen wir es tragen, denn an der Aufgabe, sie zu richtigen Männern zu erziehen, verzweifeln wir. Uns interessiert auch viel weniger der Ton der Polemik und die Lebensart der Bäckermeister, als die Beantwortung der Frage, warum endlich der hohe Magistrat der Stadt Nürnberg seiner Pflicht eingedenk sein wird, für Ordnung, Sauberkeit und den sonstigen Anforderungen der Gesundheitslehre entsprechende Einrichtungen in den Würzburger Backstuben zu sorgen. Das Schlimmste an Sozialdemokratien ist ja sicherlich eine hochzuschauende Eigenschaften, aber das aus der Würzburger Bäckereien stammende Brod macht es doch nicht appetitlich.“

Der Reuvertretende Vorsitzende des Stettiner Gewerbegerichts, Herr Klesseff Laubinger, hat seinen Kollegen Burzinski angeblich weil er „geistesmäßig“ — der Herr Klesseff glaubt sogar, daß „Gewerbemäßigkeit“ vorliegt — Klage oder verklagte Kollegen vor dem Gewerbegericht vertreten hätte von den Verhandlungen des Gewerbegerichts ausgeschlossen, will ihn also nicht mehr als Vertreter seiner Kollegen zulassen. Die „Geschäfts- oder gewerbemäßige“ Vertretung des Kollegen K. herauszutreiben, steht jeder Anlaß, aber das Eine wird man dadurch erreicht haben, daß unsere in der Mehrzahl in Stettin wie in anderen Städten vor Gericht recht unbeholfenen Kollegen dann, wenn sie ihre Klagen vertreten müssen, dies nicht in zweckmäßiger und gewandter Weise können und manche ihrer Klagen daran abgewiesen werden, weil es an der nötigen Aufklärung des Sachverhalts mangelte. Durch diese Maßregel wird das bisherige Vertrauen der Stettiner Kollegen zu der Unparteilichkeit der Leitung des Gewerbegerichts sicher nicht gestärkt werden.

Der Sammlungs-Berichte.

Uttom. Mitgliederversammlung vom 6. Februar bei Schöff. Kollege Nordmann aus Bremen hielt einen Vortrag über die Aufgaben unserer nächsten Verbandstages. Redner führt nebenbei die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verhinderung der Organisierung der Hilfsarbeiter an und kommt alsdann auf die Arbeitslosenunterstützung zu sprechen, welche einer genaueren Kritik unterzogen wurde. Redner führt an, daß in England seit dem Jahre 1896 202 Sektionen die Unterstützung eingeführt haben, trotz aller Machinationen der Behörden. Alsdann stellt Redner fest, wieviel Beitrag zu bezahlen ist, um einen genügenden Unterstützungsfonds zu haben. Hierüber entspann sich eine lebhafter Debatte. Leider mußte dieser Punkt wegen vorgerückter Zeit abgebrochen werden. In der nächsten Versammlung haben wir mit dieser Angelegenheit vollauf zu thun.

Augsburg. Sonntag den 20. Januar fand im Gasthaus zum Wittelsbacher Hof eine öffentliche Bäckerverammlung statt, zu welcher Kollege Hegemann aus Mannheim das Referat übernommen hatte. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Verkürzung der Arbeitszeit in Bezug auf Arbeitslosigkeit; 2. Diskussion. Kollege Hegemann entledigte sich seiner Aufgabe durch einen ausführlichen Vortrag in vorzüglicher Weise; er kam auch im Verlauf der Rede auf unsere mißliche Lage und bekannte Mängel, Verhinderung der Organisierung etc. zu sprechen und erwähnte die anwesenden Kollegen, daß es höchste Zeit sei, aus unserer Verbargie zu erwachen und treu und fest zum Verbandsstabiler zu halten, damit auch einmal in Augsburg die allgemein schlechten Verhältnisse verbessert werden können. Anhaltenden Beifall erntete Redner für seine trefflichen Ausführungen. Nachdem sich der Vorsitzende und zwei Organisierte von anderen Berufs an der Diskussion beteiligt und sich im gleichen Sinne wie Redner aussprachen, wurde folgende Resolution verlesen und einstimmig angenommen: „Die heute im Wittelsbacher Hof anwesenden Kollegen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und versprechen, dem Verbandsstabiler fest und treu zur Seite zu stehen, damit auch einmal in Augsburg unsere mißliche Lage verbessert werden kann.“ Drei Neuaufnahmen wurden gemacht und mit einem dreifachen donnernden Hoch auf den Verband wurde die Sitzung geschlossen. Die Besprechung der Tagesordnung wurde durch die Abwesenheit von drei einmal vollständig durch Abwesenheit und zeigten nicht wieder recht, was ihnen an der miserablen Lage der Bäckereiarbeiter liegt.

Berlin. Am 5. Februar fand im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Wollenbuhr einen Vortrag über die zukünftige Bäckereiverordnung hielt. Er schilderte die Missethände in den Bäckereien und die Ausbeutung der Arbeiter. Nach dem Vortrag entspann sich eine lebhafter Diskussion. Da die Zeit sehr vorgerückt war, so wurde der Schluß der Diskussion beantragt, welche einstimmig angenommen wurde. Hierauf gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute im Gewerkschaftshaus abgehaltene Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; sie protestiert auf das Entschiedenste gegen jede Abänderung des Maximalarbeitsstages, welche zum Nachtheil der Bäckereiarbeiter ausfallen muß, und betrachtet die neue Bäckereiverordnung betreffs der hygienischen Verhältnisse als etwas ganz selbstverständliches und nur als eine Unbilligkeit.“

Hofst. L. 2. Die Mitgliederversammlung vom 13. Januar von 13 Mitgliedern besucht. Nachdem die Beiträge entrichtet wurde das Lokal als Verlehrslokal bestimmt. Neu gewählt wurde B. Damappel als Vertrauensmann, B. Schubert als Kassier, J. S. Ller als Protokollbegleiter, die Kollegen Köbus und Schlafst als Revisoren.

Stettin. In einer Protestversammlung im Gewerkschaftshaus waren am 31. Januar die Bädergesellen u. Stettins und Umgebung eingeladen, um gegen die geplante Verkümmern des Normalarbeitsgesetzes von Seiten der preussischen Regierung Widerstand zu erheben. Kollege B. P. ... hatte das Referat übernommen. Derselbe führte ungefahr folgendes aus: Es scheint nach kaum fünfjährigem Bestehen des Normalarbeitsgesetzes, das es den Bädern durch ihre Wirksamkeit dagegen gelungen ist, die Bundesratsverordnung zu Fall zu bringen. Die Regierung habe den Bädern einen Gehör geschenkt. Ein großer Theil der Bädereigenen Deutschlands hätte keinen Antheil daran, daß sie den zwölfstündigen Arbeitstag haben, indem nicht dafür mitgekämpft worden ist. Jetzt müsse man aber wenigstens auf dem Posten sein und sich denselben zu erhalten suchen. Dieses könne nur mit Hilfe der Organisation geschehen. Jedner muß auf andere Gewerkschaften hin und hält den Verammelten den Kampf im Baugeverbe vor Augen, der sich augenblicklich hier abspizelt. Wie wären die Bäder dagegen noch so ruckständig! Gebe die Regierung dem Drängen der Bädernach nach, dann könne man wohl behaupten: Im Auslande soll die Slavery abgeschafft, im Inlande dagegen eingeführt werden. Bei den Arbeitern würde stets mit ungleichem Maße gemessen, denn eine Deputation von Bädern sei von dem Reichskanzler empfangen worden, um ihre Beschwerden gegen den zwölfstündigen Arbeitstag vorzubringen, während eine Deputation von Bädereigenen, welche um Aufrechterhaltung der Bundesratsverordnung beim Reichskanzler nachsuchte, der Bescheid zu Theil wurde: „es liege kein Bedürfnis vor, die Bädereigenen zu empfangen.“ Den Einwurf einer preussischen Bädereiverordnung, welcher ja zu begründen sei, da für mehr Reinlichkeit und Sauberkeit in den Bädereien Sorge getragen werde, dürfe man doch nicht gegen den Entwurf für den Normalarbeitsgesetz eintauschen. Die Bädereigenen müssen sich in Rassen in die Organisation aufnehmen lassen, um die Verkümmern der Verordnung zu verhüten. Es sei auch fernerhin sehr zu mißbilligen, daß der Gewerkerath Strohmeier sich an die Bädereinnung um Beweifung von Bädereigenen gewandt habe, die er darüber betragen könne, wie sich der 12-Stundentag bewährt hat. Da habe dann die Bädereinnung ihre schönsten Kammer hingegeben. Deshalb könne man sich nicht wundern, wenn sich solches günstiges Resultat für die Bädereigenen heraus kam. Nachdem noch die Lohn-, Arbeitsverhältnisse und die Lehrlingsfrage im Bädereberufe eingehend vom Referenten beleuchtet worden war, wurde ihm am Schlusse seines Vortrages reichlicher Beifall zu Theil. Bädereigenen Vof referirte noch: Ueber die freie Hilfskasse der Bäder gegenüber den Ortskrantenkassen. Mehrere Kollegen theilnahmen sich an der Diskussion über beide Punkte der Tagesordnung, worauf dann die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen wurde.

Wiesbaden. In der öffentlichen Versammlung vom 7. Februar referirte Kollege Feuerleber-Frankfurt über: Was sind die Folgen der schwachen Organisation der hiesigen Kollegen? Sodann sprach Kollege Rummert über den Nutzen des Verbandes und erbeten heilhe Redner reichem Beifall. Mehrere Kollegen äußerten sich in zumühendem Sinne und forderte Kollege Regner die Anwesenden auf, sich dem Verbands anzuschließen. Hierauf wurden 12 neue Mitglieder aufgenommen. Kollege Hillingen reichte folgende Resolution ein: Die heute tagende Versammlung der Bädereigenen von Wiesbaden und Umgebung erklärt sich mit der Ausführung der verschiedenen Redner einverstanden. Die Verwaltung erkennt an, daß die heutige wirtschaftliche Wirtschaftsweise immer größere Massen des arbeitenden Volkes in Hunger und Elend treibt und nur in der Vereinfachung der Wirtschaftsweise die endgültige Befreiung des Proletariats von dem Joch der Kapitalherrschaft möglich ist. Da die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter aber geeignet ist, eine Linderung des heute herrschenden Elendes durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes und Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen so erklären sich die Versammelten bereit, dem Verbands beizutreten und für dessen Ausbreitung und Kräftigung zu sorgen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Darauf schloß die Versammlung, welche von 130 Kollegen besucht war, mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

Briefkasten der Redaktion.

E. B. Cottbus. Nichtmitglieder können keine Beitrg zum Preise von 1.20 - pro Quartal bei jeder Postannahme erhalten. Vereine, die mehr als 10 Exemplare gemeinschaftlich beziehen und alle an eine bestimmte Adresse senden lassen, bezahlen pro Exemplar und Quartal 1.10.

J. F. Elsbach. Von Deinem eingelangten Bericht ist fast keine Hele zu gebrauchen: in demselben ist weiter nichts über die Versammlung enthalten, als daß sie an dem und dem Tage stattgefunden hat. Alles übrige ist eine rein persönliche Polemik gegen einen anderen Kollegen, also für die Zukunft: in Verlagsberichten nur das Wichtigste aus den Verhandlungen in kurzen Sätzen!

H. R. Eisenach. Es ist ja sehr traurig, daß von Deinem Arbeiter so schlechte Kost bekommt und an dem Orte 10 Gelesen und 30 Lehrlinge sind, aber dies ist einem auf allen vier Seiten des Briefens geschrieben. Es gelangt in die Zeitung zu bringen, was geht doch nicht an; auch fehlt der Raum, alle solche Sachen in der Zeitung zu bringen.

Eisenach H. R. War ein Druckfehler und bedauere ich sehr, daß die Unterschrift in Nr. 5 des Heftes unter dem Artikel Verhältnisse in den Fabriken Eisenach's nicht H. R., sondern G. R. lauten sollte.

Zentral-Stranken- und Sterbefälle der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. S. 42).

(Sitz: Dresden.)

Protokollauszüge der Sitzungen vom 1. und 16. November 1900, vom 1. und 16. Dezember 1900. Brieffeststellungen nach § 2. Eingetreten 151, übertreten 135, Wiedereingetreten 25 = 311; ausgeblieben wurden nach § 4 239; Ueberweisungen nach § 7, 8, 15 25; Bestimmungen nach § 9 3 Fälle, mit einer Gesamtsumme von 11 7/8. Anträge: Anträge mehrerer neu eutworbener Mitglieder der Kapitalkasse beschließt der Kassenvorstand die Erleichterung den Vertretern der Kapitalkasse die Unterlegung einer Sicherheitskaution das die die amaterial zur Geschäftsführung zur Verfügung zu stellen.

Dresden a. M. Kenntlichnahme von der erfolgten Zahlung der Kaution des früheren Bevollmächtigten C. S. (L. S. 42) nebst den aufgelaufenen Zinsen.

Frankfurt a. M. Die Kaution des abgetretenen Bevollmächtigten Tragelet wird auf Grund der abgegebenen Erklärung der dortigen Verwaltung, nach der die Geschäftsführung des betreffenden vollständig geregelt ist und auf Grund des ausgestellten Nachweises über die abhanden gekommenen Kautionspapiere ausgezahlt.

Eibenburg. Vom dortigen Bevollmächtigten Karl Gröndtke-Bremen ist die Schlussrechnung über die Verwaltung eingegangen. Die Kaution des Bevollmächtigten nebst Zinsen (20.12 1/2 M.) wird mit dessen Einverständnis auf den verbleibenden Haarbekand verzeichnet. Im Uebrigen ist der Abschluß richtig bis auf drei Stück Marken III. Klasse, welche abhanden gekommen sind.

Berlin. Im Sterbefalle 2715, Aust, wird die Forderung auf Sterbegeld und die diesbezügliche Beschwerde verwittw. Aust abgewiesen, indem das Mitglied wegen Zahlungsausfalls zuvor ausgeschlossen worden ist. Auf Grund der Ergänzungswahl vom 29. Nov. 1900 wurde das Mitglied 1166, Emanuel Gütschow, als Vertreter Bevollmächtigter bestätigt.

Dresden-Leipzig. Auf Grund der Erhöhung des örtlichen Tageslohnes gewöhnlicher Tagelöhner ist der Uebertritt der Mitglieder von der I. zur II. Klasse erforderlich. Der Kassenvorstand beschließt eine diesbezügliche Bekanntmachung.

Der Kassenvorstand J. A.: Karl Bietschmann, Vorsitz.

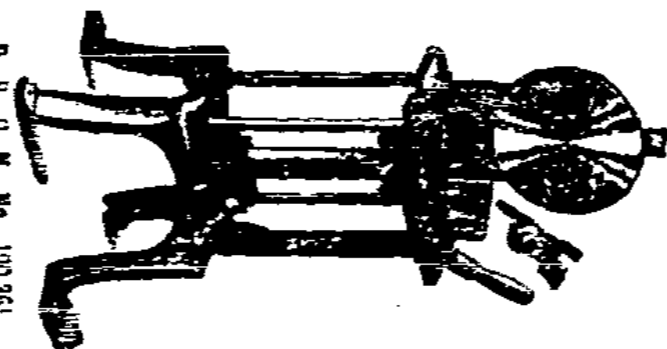
Anzeigen.

Blau's Gast- u. Logirhaus „Zur Wetz“
früher Kamerun,
Leipzig, Burgstrasse Nr. 17,
empfiehlt seine Lokalitäten zur freundlichen Benutzung.
Hochfeine Küche, sowie gut gepflegte Biere und Weine.
Aufmerksame Bedienung.

Bäcker-Einkaufsquelle.

Winterüberzieher, Havelok und Joppen werden wegen vorgerückter Saison zum Selbstkostenpreis abgegeben.
J. H. Bloch, München, Brunnstrasse 3/0, Eckladen.

Reichhaltiges Lager in sämmtlichen Bäckerei- und Konditorei-Bedarfsartikeln.



Zeigheilmaschinen,
anerkannt hervorragende Verbesserung.
Neu! Messer über dem Teigylinder herausstellbar, daher bequemste, leichteste Reinigung, ohne dasselbe herauszunehmen.
Folgende Referenzen im In- u. Auslande.
Ehrende Erwähnung bei den letzten Kaiserlichen Wettbewerben.
Alb. Rohr & Co.,
München-Fabrike, ...
Neuere einfachste
Prospekte und Kostensätze gratis.

Der Kollege Anton Unger wird ersucht, einen jetzigen Aufenthalt dem Unterzeichneten mitzutheilen.
Aug. Marzer, Würzburg, Blumenstraße, bei Bäckmeistr. Hamm.

Mannheim.

Meinen verehrten Freunden und Kollegen die ergebene Mittheilung, daß sich vom 17. Februar ab (Fastnacht-Sonntag) das Verlehrslokal der Bäcker Mannheim's in der

Edinger Bierhalle

S. 1, 1

beindet.

Hochachtungsvoll
Carl Bausch.

NB. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 21. Februar, Nachm. 3 Uhr, im neuen Verlehrslokal statt, wegen der wichtigen Tagesordnung wird um vollständiges Erscheinen ersucht. Die Neuwahlbestimmung wird vom 17. Februar an im neuen Lokal ausbezahlt.
D. D.
A. 6.-1

**München. München.
Café Mikado.**

Ecke Finlas, Ranford- und Müllerstrasse.
Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag neuester
Hauptsammelplatz der K. K. Münchens.

Unsere treuen Mitglieder Kollegen Bartmann rufen wir bei seinem Weggange von hier nach Salzburg ein herzliches Lebwohl zu.
Mitgliedchaft Bad Reichenhall.

Bayreuth.

Restaurant **Albert Hoder.**
Verbands- und Verlehrslokal der Bäcker seit 1888.
Treffpunkt jeden Dienstag und Donnerstag.

Rosenheim (Bayern).

Restaurant Frühlingsgarten
Herberge, Verbands- u. Verlehrslokal der Bäcker.
Treffpunkt jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag.
Besitzer: Josef Löw.

Stuttgart.

Gasthaus zum „Goldenen Löwen“
Am Marktplatz.

Verehrliche Bädereigenen!

Der Unterzeichnete empfiehlt seine Fremdenzimmer zu billigen Preisen, Mittagstisch, sowie kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
Freundlichem Besuch sieht entgegen
[M. 2.90]

Christoph Häusser,
Am neuen Rathhaus, Eichstraße 5.
NB. Bäckerzeitung liegt auf.

Versammlungs-Anzeiger.

- Bayreuth. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 21. Febr., bei A. Hoder, Bäckherberge. (Mitgliedsbücher sind mitzubringen.)
- Dresden. Mitgl.-Versamml. Donnerstag, 21. Februar, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei Heider, Herrenstr. 19.
- Bremen. Mitgl.-Vers. Sonntag, 24. Februar, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei Herrn Kutsche, Jakobstr. 28.
- Cottbus. Deffentl. Vers. Donnerstag, 21. Febr., Nachm. 4 Uhr, bei Kollwitz.
- Dortmund. Deffentl. Vers. Sonntag 17. Febr., Nachm. 4 Uhr, im „Genralhof“, Westwall.
- Düsseldorf. Mitgl.-Vers. Sonntag, 24. Februar, Vorm. 11 Uhr, bei Marx, Ratingerstr. 30.
- Dresden. Mitgl.-Vers. Sonntag, 21. Febr., Nachm. 3 Uhr, in der „Klosterschänke“.
- Hofst. L. Deffentl. Vers. Mittwoch, 20. Febr., Nachm. 4 Uhr, bei Cegemeyer, Amtstr. 15.
- Hannover. Deffentl. Versamml. Dienstag, 19. Februar, im „Ballhofs“.
- Halle a. S. Mitgl.-Vers. Dienstag, 19. Februar, im „Weißen Hof“, Geiststr. 5.
- Mannheim. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 21. Februar, Nachm. 3 Uhr, in der Edinger Bierhalle, S. 1, Nr. 1.
- München. Mitgl.-Vers. Dienstag, 19. Februar, Abends 6 Uhr, im „Goldnen Mörser“, Fölichmannsplatz.
- Münchener Grund bei Dresden. Deff. Vers. Sonntag, 24. Februar, Nachm. 3 Uhr, im „Deutschen Hause“, Postchoppel.
- Pirmasens. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 27. Februar, im Gohaus „Zur Traube“, Schloßstrasse.
- Rosenheim. Mitgl.-Versamml. Sonntag, 24. Februar, im Gasthaus „Frühlingsgarten“.
- Stuttgart. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 21. Febr., Nachm. 4 Uhr, im „Höfischen Konig“.
- Stettin. Mitgl.-Vers. Sonntag, 3. März, Nachm. 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 7.
- El. Johann-Saarbrücken. Mitgl.-Versamml. Sonntag, 3. März, Nachm. 4 Uhr, im „Kaisersaal“, Daisenstr. 9.

Für die Redaktion verantwortlich: O. Almann, Hamburg, Gr. Neumarkt 28. — Verlag von O. Almann, Hamburg. Druck von Fr. Meier, Hamburg-Gilbel, Friedenstr. 4.

Zu den Aufgaben des Verbandstages.

Was in der letzten Zeit das Interesse der Verbandsmitglieder am meisten in Anspruch genommen hat und auch noch auf längere Zeit hinaus das Thema auf der Tagesordnung bilden wird, das ist gewiss die Arbeitslosenunterstützung, und fürwahr, bei einem solchen Thema kann das Für und Wider auch gar nicht genug erwohnen werden.

Was mich nun heute veranlaßt, ein Wortchen mitzusprechen, das ist weniger das Thema selbst, als die damit verbundenen Umstände. Die Frage, ob wir im Verbands die Arbeitslosenunterstützung einführen können, und ob dieselbe zum Wohle unserer Mitglieder sowie des ganzen Verbandes beitragen kann und wird, muß ich von vornherein bejahen, ja ich möchte mich sogar zu Demen zählen, die der Kollege Allmann in seinem Leitartikel als Schwärmer bezeichnete, welche glauben, daß durch die Einführung derselben eine enorme Stabilität und ein eben solcher Aufschwung im Verbands hervorgerufen werde. Wenn es nun auch nicht so schlimm der Fall sein wird, wie man es allgemein in der Bezeichnung „enorm“ zu verstehen gewöhnt ist, so möchte ich aber doch mit aller Bestimmtheit behaupten, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach dieser Richtung hin eine nicht zu unterschätzende Wirkung ausüben wird. Nun zu den Motiven, die die Gegner, einer der sich ja auch der Kollege Kahl aus Leipzig in einer der letzten Nummern vorstellte, in der Debatte ausführen. Vor allem erst zu der ja schon etwas alten Phrase, daß die Organisation alsdann den Charakter des Kampfes verlieren würde. Man kann sich eines Lächelns kaum enthalten, wenn man solche Äußerungen hört oder liest. Ich möchte doch meinen, daß man hierbei doch vielmehr Gewicht auf eine Kampfesfähigkeit legen sollte, wenn die Fähigkeit zum Kampfe überhaupt nicht vorhanden ist und was nützt dann alles Andere? Diese Fähigkeit wird aber durch jeden Schritt vorwärts erhöht, und einen solchen Schritt bedeutet doch gewiss die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Des weiteren glauben die Gegner, daß die damit verbundene Beitragserhöhung die Mitglieder vom Verbands abschrecken würde. Nun, wenn man sich der Ansicht hingibt, daß das größte Hindernis, welches die Kollegen vom Verbands abhält, das Zahlen der Beiträge ist, dann allerdings muß man auch diesen Einwand ein wenig beachten. Aber ich habe mich bisher dieser Ansicht nicht anschließen können, denn so viel wie ich in der Agitation habe beobachten können, war es in den meisten Fällen das Verständnis, was den Kollegen fehlte, das kann man auch am meisten bemerken in den Versammlungen. In dem Moment, wo sie den Redner hören, da zeigen sie ein wenig Verständnis und wenn sie dieses besitzen, dann sind sie auch zu gewissen, niemals aber habe ich schon die Intention gesehn, daß ihnen der Beitrag zu hoch sei, dann aber an der Nachlässigkeit im Weiterzahlen gehen sie wieder verloren, denn nur Nachlässigkeit im Weiterzahlen oder aber das ungenügende Verständnis ist es, was die Neugewonnenen so oft wieder verloren gehen läßt. Wenn nun Kollege Kahl 13 Jahre im Verbands thätig ist und die Erfahrung gemacht haben will, daß die Beitrags erhöhungen so schwer durchzubringen waren, so muß ich hier die Behauptung aufstellen, daß die Gegner stets nur deshalb dagegen sind, weil sie glauben, anderen Mitgliedern sei der Beitrag zu hoch, während sie für ihre eigene Person den erhöhten Beitrag ganz gern bezahlen; so entstehen die vielen Gegner. Wenn man nun bei geheimen Abstimmungen so vorgehen würde, daß man jedem Mitgliede ans Herz legen würde, nur seine eigene Stellungnahme zu berücksichtigen und demgemäß zu stimmen und nicht etwa deshalb dagegen zu stimmen, weil man glaubt, Anderen sei der Beitrag zu hoch, so würde nur ein ganz verschwindend kleiner Teil dagegen stimmen. Um nun aber dies Motiv zu bekräftigen, verweisen die Gegner stets auf die niedrigen Löhne in den einzelnen Gegenden, denken aber gar nicht daran, daß solchen Kollegen diese Einrichtung auch viel mehr zu Gute kommt. Ich meine, wenn ein solcher Kollege nicht so viel verdient, daß er den Beitrag bezahlen kann, dann ist es ihm auch unmöglich, sich soviel zu ersparen, daß er im Falle der Arbeitslosigkeit etwas zu leben hat, also ein solcher Kollege wird die Einführung der Arbeitslosenunterstützung viel mehr erwünschen, als wie die besser bezahlten Kollegen. Nun noch eins! Es muß denjenigen Kollegen doch gewiss ein großes Rätsel sein, welche heute noch glauben, ein höherer Beitrag würde die Mitglieder abschrecken, wie es möglich war, daß nach dem Verbandstag im Jahre 1895, wo der Beitrag verdoppelt wurde, die Mitgliederzahl so enorm stieg und die damalige Erhöhung bei den Mitgliedern doch gar keine materiellen Vortheile, sondern war lediglich dazu bestimmt um die Leistung finanziell zu kräftigen, während die diesmalige Erhöhung den Mitgliedern doch bedeutende materielle Vortheile bietet, welche doch etwas handgreiflicher sind als das bloße Ideal des Fleißbewußtseins. Eins ist, was ich gelten lasse, das ist die Unmöglichkeit einer genauen Kontrolle der Arbeitslosen, doch wenn ich bedenke, daß die Münchener Kollegen diese Schwierigkeit überwinden, dann wird es auch in anderen Städten möglich sein.

Nun aber kommt das, was mich überhaupt zu diesem Artikel veranlaßt und das sind die Aenderungen, die in den Anträgen des Hauptvorstandes enthalten sind, ersens daß man auf Wochenbeiträge zurückgreifen will und zweitens, daß man die Kasse der Mitgliedschaften um mehr als 8 Pf. pro Monat und Mitglied beschneiden will, indem die Mitgliedschaften nur 5 Pf. von den Wochenbeiträgen behalten sollen. Bei Einführung des Wochenbeitrages ist das wohl schlecht anders zu machen. Aber warum will man denn die Monatsbeiträge wieder abschaffen? Glaubt man etwa, daß auf diese Weise den Mitgliedern die Beitragserhöhung nicht so fühlbar werden wird? Oder glaubt man, daß die Mitglieder alle Woche oder auch nur alle 14 Tage kommen und die Beiträge bezahlen werden? Nein, das wird heides verfehlt sein, die Mitglieder werden dann, genau so wie jetzt, für den Zeitraum von 4 bis 8 Wochen ihre Beiträge auf ein Mal bezahlen, und dann wird der Beitrag eben so hoch sein, als wenn sie einen Monatsbeitrag von 1.30 Mk. entrichten sollen. Nur dieses, denke ich mir, können die

Motive sein, die den Hauptvorstand hierzu veranlassen. Abgesehen davon, daß auch wieder andere Bücher da sein müssen und alles Mögliche umgeändert werden muß, wird den Kassirern die Arbeit nur noch mehr erschwert werden.

Nun noch dazu, daß nur 5 Pfennige von jedem Wochenbeitrage am Orte verbleiben sollen, nun, da wird wohl manche Mitgliedschaft an der Thür der Hauptkasse betteln gehen müssen und das wäre nur geeignet, den leitenden Personen in den Kassenbüchern die Lust zu verderben: mir würde das höchst unangenehm sein. Eine kleine Probe davon, wie man damit auskommen würde, möge den Kollegen gegeben sein, wenn sie hören und in Betracht ziehen, daß wir in Breslau allein im Januar 89.29 Mk. örtliche Ausgaben gehabt haben, dazu kommen noch die Beiträge zum Kartell und zum Arbeitersekretariat, diese noch hinzugerechnet sind die örtlichen Ausgaben höher als die an die Hauptkasse. Nun ist ja selbstverständlich, daß diesmal eine Ausnahme war wegen der vielen Drucksachen und Inserate. Aber rechnen wir auch nur die Ausgaben, die regelmäßig jeden Monat sind, als da sind: pro Monat und Mitglied Beitrag an das Arbeitersekretariat 10 Pf., an das Kartell 1 Pf., an den Kassirer 5 Pf., sind 4 Pf., für Zeitungsabteilung im Durchschnitt 6 Pf., das sind allein 21 Pf., und dann noch die übrigen Ausgaben, welche uns bisher auch nur möglich waren durch Erhebung von 10 Pf. Entree in den stets auch besuchten öffentlichen Versammlungen. Wenn nun auch vielleicht die älteren größeren Mitgliedschaften bei dem jetzigen Thema es zu etwas Fassenbestand gebracht haben, so muß man doch bedenken, daß genau so wie in der Hauptkasse, auch in den Kassenstellen durch die Neueinrichtung die Ausgaben bedeutend erhöht werden, statt dessen nun demgemäß den Ortsverwaltungen auch etwas zu helfen, will man ihnen noch weniger belasten, als bisher. Wenn ich nun das erstere auch gar nicht verlange, so bin ich für das letztere auch nicht zu haben, lassen wir es bei den Monatsbeiträgen und erhöhen dieselben auf 1.30 Mk. (alsdann müssen natürlich alle Extrabeiträge in Wegfall kommen). Von diesem Beitrag bleiben 30 Pf. in der Ortskasse und an die Hauptkasse rund 1 Mk. Nicht das für die Hauptkasse nicht aus, so muß der Beitrag auf 1.40 Mk. erhöht werden, niemals aber dürfen die Ortskassen die 30 Pf. gekürzt werden, das würde die Agitation bedeutend benachteiligen.

Also das sind meine Ansichten, und ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich glaube, daß die hiesigen Mitglieder in der Mehrzahl sich dieser Ansicht anschließen werden. Doch an alle Verbandsmitglieder richte ich den Appell, daß sie reiflich überlegen, in welcher Weise wir die Arbeitslosenunterstützung am besten und wirksamsten einführen können. Im Uebrigen möchte ich die Mitgliedschaften noch ersuchen, die Wahl der Delegierten nicht so weit hinauszuschieben, damit die Gewählten sich vorher genügend ihre Stellungnahme zu diesem oder jenem Punkte der Tagesordnung, das heißt soweit sie nicht von der Mitgliedschaft einen Auftrag erhalten, überlegen können. Adam wird auch diese Generalversammlung wie alle vorhergehenden für unseren Verbands nur Gutes schaffen.

Karl Köpke, Breslau.

Eine der Hauptaufgaben des nächsten Verbandstages ist, wie schon mehrfach im Fachblatt erwähnt, die Lösung der Frage: Arbeitslosen-Unterstützung oder nicht? Nach meiner Ansicht aber würde diese Einführung nur in den Großstädten ihren Zweck erreichen, wo wir bereits zum größten Teil festen Fuß gefaßt haben. In den kleinen Städten und auf dem Lande, wohin sich unser Augenmerk ganz besonders zu richten hat, würden wir nur zurückbleiben. Der Zug nach der Großstadt macht sich doch in den meisten Väterroschellen reger, deswegen herrscht in den meisten kleinen Städten ein Gefellenmangel, sodaß sie wenig arbeitslos sind, und sie würden sich sagen, sobald ihnen verrathen wird, daß es bei uns Arbeitslosen-Unterstützung giebt, ach was zum Bummeln kommtst du überhaupt nicht, und ist es doch, dann währt die Arbeitslosigkeit gewiss nicht lange; solche und ähnliche andere faule Ausreden würden den unter solchen Kollegen agitatorisch thätigen Leuten in Massen an den Kopf geworfen werden. Aber nicht, wie Kollege Gläner aus Berlin und der Lindeburger W. S. schreibt, daß bei einer solchen Neu-Einführung die Kollegen sich in Scharen der Organisation anschließen, denn es wird bei Zeiten Manchem einleuchten, daß es da nicht nur Unterstützung giebt, sondern die Organisation stellt auch erhöhte Anforderungen an die Mitglieder in Form erhöhter Beiträge. Wenn Koll. Gläner die Erfolge der Berliner Metallarbeiter anführt, so verschweigt er nur das eine dabei, daß dieselben den Arbeitsnachweis in Händen haben, was bei uns nirgendes der Fall, und dieser Mibstand würde sich wohl am ersten fühlbar machen, wenn die Unterstützungs-vorlage angenommen wird. Kollege W. S. aus Lindeburg wirft den nach seiner Meinung in fester Stellung sich befindenden Kollegen vor, daß sie der hohen Beiträge wegen Gegner der geplanten Einführung sind. Ich muß aber an dieser Stelle sagen: „Straubte sich die Feder nicht, als du den Vorwurf schreibst, ich dächte, sie hätten doch wohl, wenn es auch nicht alle Goldfischer sind, sehr viel für die Organisation getan, und da würden sie sich doch wohl nicht von dem Zahlen von Beiträgen zur Unterstützungs-kasse brücken!“ Kollegen, seht Euch doch nur die Sache genauer an, den Artikel des Hauptvorstandes, des Kollegen W. S. aus Lindeburg, und des Kollegen Gläner, bei mir ein wenig nachdenken wird es Euch klar werden, daß die ganze Geschichte nur ein Experiment ist. Obwohl ein Sprichwort sagt: Probieren geht über Studieren! So ist dieses doch nicht angebracht, da die vorgeschlagenen Beiträge nicht im Geringsten ausreichen, sie werden immer höher werden und das Ende vom Ende ist, die so schwer herangezogenen Mitglieder werden dem Verbands wieder verloren gehen. Deshalb Kollegen, laßt Euch von dem schönen Titel „Arbeitslosen-Unterstützung“ nicht irre machen, trachtet am ersten danach, die Mitglieder zu schulen und dann wird sich die Zahl der Mitglieder ständig vermehren, und dann können wir die Arbeitslosen-Unterstützung auch später bei einem geringen Beitrage einführen.

E. Faulstich-Dresden.

Wie auf dem letzten, so soll auch auf diesem Verbandstage allen Ansein nach die „Arbeitslosen-Unterstützung“

die Hauptrolle spielen. Dieselbe ist unter aufgestellten Kollegen an und für sich ein Mittel, das nie zu unterschätzen und sicher großen Erfolg haben würde, trotzdem kann ich nicht dafür eintreten und bin ein entschiedener Gegner, noch dazu, wenn sie zentralisiert wird.

Wie viel Mühe, Geduld, Mühe und Erfahrung gehört dazu, eine neue Mitgliedschaft zu gründen und hauptsächlich in jenen Städten, wo die Kollegen noch nicht gehört, also in ihrem vorläufiglichen Stumpfsinn zu waten, wo man sie nur schwer in den Verbands bringen kann und gerade das Beitragszahlen die größten Schwierigkeiten bereitet und — ist noch mit diesem unverständlichen Uebel zu kommen, würde zu keinem guten Ziele führen. Diese Art von Unterstützungen würde ihnen unverständlich sein, wenn bei uns ein Kollege arbeitslos wird, er am anderen Tag wieder Arbeit findet; bei uns ist in kleinen Städten fast immer ein Arbeitermangel. Ich bin der Ansicht, daß wir uns damit nur unangenehme Elemente aufhalten würden, die dem Verbands mehr Schaden als Nutzen bringen würden.

Kollegen! Laßt die Beiträge wie sie sind; wir haben bis jetzt gute Erfolge erzielt und werden sie auch weiterhin ohne Arbeitslosen-Unterstützung erreichen. Nicht daß ich denke, diese Unterstützung macht Alles, das wäre kein so großer Fortschritt; die Agitation müßte stärker wie jetzt betrieben werden. Nur wenn diese gute Früchte getrocknet, wenn wir zu einem achtunggebietenden Verbands geworden, erst dann kann man uns eine solche Last aufladen. Geht denjenigen Kollegen, die durch Mäßigkeit arbeitslos wurden, genügende Unterstützung; schafft in dieser Hinsicht Abhilfe auf dem Verbandstage. Ihr Großstädter würdet Euch ins Fäustchen lachen, wenn wir Eure Massen von Arbeitslosen unterstützen und was für einen Eindruck es auf die kleinen Mitgliedschaften machen würde, darüber will ich schweigen. Grundet unter Euch eine Arbeitslosen-Unterstützung, aber verschont die kleinen Städte damit.

Ich möchte nur wünschen, daß einer der Delegierten zur Enskicht kommt und den Antrag stellt, daß der Punkt „Arbeitslosen-Unterstützung“ gestrichen wird, um nicht diese theuer erkaufte Zeit mit unnützem Ballast todzuschlagen; wären muß dieselbe ja doch. Der Delegierte einer kleinen Stadt, dem das Wohl seiner Mitgliedschaft am Herzen liegt, muß sie verwerfen.

Karl Lang-Strasbourg i. E.

Wie stellen wir uns zu der Arbeitslosenunterstützung? So fragen wir uns jetzt einander und viele Kollegen haben nur ein Asefgeuden als Antwort. Ein Theil befürchtet Rückgang der Mitgliedschaft durch die Erhöhung der Beiträge, auch wird gesagt, eine Gewerkschaft, welche Unterstützungen bietet, verliere den Kampfscharakter. Beides ist es natürlich nicht dafür. Die Fortschritte anderer Gewerkschaften nach Einführung einer Unterstützung und besonders der Arbeitslosenunterstützung, beweisen uns vielmehr das Gegentheil und diejenigen Kollegen, welche es nicht glauben, verweise ich nach München, dort hat sich nach dem letzten Bericht die Arbeitslosenunterstützungskasse sehr gut bewährt und warum sollten wir da, noch zögern, dieselbe für den Verbands obligatorisch einzuführen, da uns doch das Eine sicher ist, daß wir, zumal die älteren Kollegen, nicht um jeden Pappensiel unsere Arbeitskraft verkaufen müßten, weil es uns am Nothdürftigen fehlt, die günstige Zeit abzuwarten. Und ich glaube, durch die Arbeitslosenunterstützung wird die Organisation fast für jeden Berufsgegenossen unentbehrlich. Nun kommt es hauptsächlich darauf an, um wieviel die Beiträge erhöht werden müssen. Einen wöchentlichen Beitrag von 25 Pf. ist meiner Ansicht nach zu hoch, wenn es auch mehrere Städte giebt, wo die Löhne darunter sind, daß 35 Pf. leicht bezahlt werden können, allgemein ist die Lage der Arbeiterarbeiter nicht so gut. Nehmen wir also 30 Pf. bei Wegfall der Extrasteuer an, so ist das ein Mehr von 20 Pf. im Monat, bei 100 Mitgliedern 2.00 Mk. jährlich. Nun müssen die erforderlichen Mehraufgaben für die Hauptverwaltung, welche ja alle berechtigt sind, in Abzug kommen und zwar 30 Mk., so verbleiben noch 2.10 Mk., dafür folgende Unterstüttung bei 10 pSt. Arbeitslosigkeit gezahlt werden: Nach einjähriger Mitgliedschaft 21 Tage pro Tag 75 Pf., nach dreijähriger Mitgliedschaft 28 Tage pro Tag 75 Pf. und nach fünfjähriger Mitgliedschaft 35 Tage lang pro Tag 75 Pf. Ich habe deshalb die Art und Weise der Unterstützung geändert, weil ich annehme, daß langjährige Mitglieder meist älter sind und daher auch länger arbeitslos. Zweifelloz sind die 12 nach dem Münchener Bericht, welche die ganze Unterstützung beansprucht haben, ältere Kollegen. Nun muß aber bei dem geringen Beitrag sehr gespart werden und das soll diese Form der Unterstützung bezwecken. Auch bräunte die Unterstützung nicht vom ersten Tage an, sondern nach 8 Tagen Arbeitslosigkeit erst gezahlt zu werden. Im Großen und Ganzen wäre es immerhin ein schöner Nothbehelf in schwerer Zeit und deshalb appellire ich besonders an die Dresdener Kollegen, sich dies reiflich zu überlegen, bevor sie alles rundweg ablehnen. Dann aber zum Punkt: Unsere Presse. Dieselbe ist bisher sehr mangelhaft gewesen. Die langen Versammlungsberichte müssen verschwinden und es ist mit Freuden zu begrüßen, daß der Hauptvorstand den Vorschlag macht, die langweiligen Berichte durch zeitweilige Situationsberichte zu ersetzen, damit die Aufklärung über alles Wiffenswerthe den Mitgliedern erhalten werden kann. Geht dies, so ist es Pflicht des Vorstandes jeder Mitgliedschaft dafür zu sorgen, daß nicht so viele Zeitungen liegen bleiben, da ist es zweckmäßig, die Kol. Tage durch Mitglieder einzuführen. Je Bezug auf unsere Stellung zu den Innungs-einrichtungen gehen die verschiedenen Bestimmungen weit auseinander. Eine Zweckmäßigkeit kann ich z. B. von den Gehilfen-ausschüssen, besonders der Brauereianstalten, nicht behaupten; der Ausschuß von unserer Seite gewöhnt, kann sich, unterstützt von den uns nahestehenden Meistern, die Aufgabe stellen, die Innungen aufzufordern, vertritt der Gewerkschaft zu protestiren gegen Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung, da doch die Berthuerung der Rohprodukte unter Gewerbe schädigen muß. Eine weitere Innungs-einrichtung, die Krankenkassen, müßte natürlich von uns verworfen werden, wie jede andere Kleinrenten-einrichtung. Den gemeinsamen Arbeitsnachweis müßten wir der Innung unbedingt abgewinnen. Betreffs unserer Baderzuschüsse wäre folgendes zu beachten: Unseren Brüdernmitten müssen wir unter allen Umständen zu erhalten suchen, es muß in allen Städten energisch und zwar durch Unterschriften-sammlung der Gehilfen gegen die Verschlechterung protestiert werden und diese Unterschriften sind dann dem Reichstag oder Bundesrath vorzulegen. Ich sehe den Fall, die Minimal-tubezeit würde Gesetz, so müßten wir uns nach des Arbeit-

Post 12. Die Mitgliederversammlung vom 19. Jan. war von 13 Mitgliedern besucht. Nachdem die Beiträge entrichtet wurde das Lokal von Schulz als Verkehrslokal bestimmt. Neu gewählt wurde B. Dammann als Vertrauensmann, P. Schubert als Kassier, A. D. H. als Parteilegitimierter, die Kollegen Mühsen und Schlotz als Revisor.

Stettin. In einer Protestversammlung im Gewerkschaftshaus waren am 31. Januar die Bäcker-Verbindungen Stettins und Umgebung eingeladen, um gegen die geplante Verkürzung des Maximalarbeitstages von Seiten der preussischen Regierung Widerspruch zu erheben. Kollege P. Dammann hatte das Referat übernommen. Derselbe führte ungefähr Folgendes aus: Es scheint nach kaum fünfjährigem Bestehen des Maximalarbeitsgesetzes, daß es den Bäckermeistern durch ihre Widersetzungen dagegen gelungen ist, die Bundesratsverordnung zu Fall zu bringen. Die Regierung habe den Bäckermeistern Behör geschickt. Ein großer Teil der Bäckermeister Deutschlands hätte keinen Anteil daran, daß sie den zwölfstündigen Arbeitstag haben, indem nicht dafür mitgekämpft worden ist. Sehr mühe man aber wenigstens auf dem Posten sein und sich denselben zu erhalten suchen. Dieses könne nur mit Hilfe der Organisation geschehen. Jeder weiß auf andere Gewerkschaften hin und hält den Versammelten den Kampf im Bauergewerbe vor Augen, der sich augenblicklich hier abspielt. Wie wären die Bäcker dagegen noch so zu rüstend? Geben die Regierung dem Drängen der Bäckermeister nach, dann könne man wohl behaupten: Im Auslande soll die Sklaverei abgeschafft, im Innlande dagegen eingeführt werden. Bei den Arbeitern würde stets mit ungleichem Maße gemessen, denn eine Deputation von Bäckermeistern sei von dem verstorbenen Reichskanzler empfangen worden, um ihre Beschwerden gegen den zwölfstündigen Arbeitstag vorzubringen, während einer Deputation von Bäckergehilfen, welche um Aufrechterhaltung der Bundesratsverordnung beim Reichskanzler nachsuchte, der Bescheid zu Theil wurde: „es liege kein Bedürfnis vor, die Bäckergehilfen zu empfangen.“ Den Entwurf einer preussischen Bäckerorganisation, welcher ja zu begründen sei, da für mehr Reinlichkeit und Sauberkeit in den Bäckereien Sorge getragen werde, dürfe man doch nicht gegen den Entwurf für den Maximalarbeitsstag eintauschen. Die Bäckergehilfen müssen sich in Massen in die Organisation aufnehmen lassen, um die Verkürzung der Berufsordnung zu verhindern. Es sei auch fernerhin sehr zu mißbilligen, daß der Gewerberat Strömeyer sich an die Bäckerinnung um Zuteilung von Bäckergehilfen gewandt habe, die er darüber befragen könne, wie sich der 12-Stundentag bewährt hat. Da habe dann die Bäckerinnung über schonen Lamm hingehandelt. Deshalb könne man sich nicht wundern, wenn sich ein solches Resultat für die Bäckermeister heraus lerne. Nachdem noch die Lohn-, Arbeitsverhältnisse und die Lehrlingsfrage im Bäckerberufe eingehend vom Referenten beleuchtet worden war, wurde ihm am Schluß seines Vortrages reichlicher Beifall zu Theil. Bäckermeister Loos referirte noch: „Ueber die freie Hilfslasse der Bäcker gegenüber den Ortskrankenkassen.“ Mehrere Kollegen befragten sich an der Diskussion über beide Punkte der Tagesordnung, worauf dann die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen wurde.

Wiesbaden. In der öffentlichen Versammlung vom 7. Februar referirte Kollege Feuerleber-Frankfurt über: „Was sind die Folgen der schwachen Organisation der hiesigen Kollegen?“ Sodann sprach Kollege Kummert über den Nutzen des Verbandes und erntete beide Redner reichlich Beifall. Mehrere Kollegen äußerten sich in zustimmendem Sinne und forderte Kollege Feiler die Anwesenden auf, sich dem Verbands-Anschluß anzuschließen. Darauf wurden 12 neue Mitglieder aufgenommen. Kollege Kummert reichte folgende Resolution ein: Die heute tagende Versammlung der Bäckergehilfen von Wiesbaden und Umgebung erklärt sich mit der Ausführung der verschiedenen Redner einverstanden. Die Versammlung erkennt an, daß die heutige privatrechtliche Wirtschaftsweise immer größere Massen des arbeitenden Volkes in Hunger und Elend treibt und nur in der Beibringung der Wirtschaftsweise die endgültige Befreiung des Proletariats von dem Joche der Kapitalherrschaft möglich ist. Da die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter aber geeignet ist, eine Umänderung der heute herrschenden Wirtschaftsweise durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes und Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen so erklären sich die Versammelten bereit, dem Verbande beizutreten und für dessen Ausbreitung und Kräftigung zu sorgen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Darauf schloß die Versammlung, welche von 130 Kollegen besucht war, mit einem dreijährigen Hoch auf den Verband.

Briefkasten der Redaktion.

E. B. Cottbus. Nichtmitglieder können unsere Zeitung zum Preise von 2 — pro Quartal bei jeder Bahnstation bestellen. Vereine, die mehr als 10 Exemplare gemeinschaftlich beziehen und alle an eine bestimmte Adresse senden lassen, bezahlen pro Exemplar und Quartal 1 —.

J. J. Stolbach. Von Deinem eingesandten Bericht ist seit keine Zeile zu gebrauchen: in demselben ist so weiter nichts über die Versammlung enthalten, als daß sie an dem und dem Tage stattgefunden hat. Alles übrige ist eine rein persönliche Polemik gegen ein oder mehrere Kollegen. Also für die Zukunft: in Versammlungsberichten nur das Wichtigste aus den Versammlungen in kurzen Sätzen!

B. M. Elberfeld. Es ist ja sehr traurig, daß Du von Deinem Meister so schlechtes Kost bekomme und ein Exrem Orte 10 S. haben und 35 Vehrtringe sind, aber dies in einem auf allen vier Seiten des Briefkastens geschriebenen Einstand in die Zeitung zu bringen, geht doch nicht an; auch fehlt der Raum, alle solche Sachen in der Zeitung zu bringen.

Elberfeld B. M. War ein Druckfehler und bestätigen wir hiermit, daß die Unterschrift in Nr. 5 des Postblattes unter dem Artikel „Verhältnisse in den Baumwollfabriken Elberfelds“ nicht B. M., sondern G. M. lauten sollte.

Central-Kranken- und Sterbefälle der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (C. S. 42).
(Sitz: Dresden.)

Protokollauszüge der Sitzungen vom 1. und 16. November 1900, vom 1. und 16. Dezember 1900. Berichterstattung nach § 2. Eingetretene 151, übergetretene 135, Wiederangetretene 25 = 314; ausgeschiedene wurden nach § 4 232; Ueberweisungen nach § 7, 8, 15 25; Befragungen nach § 9 5 Fälle, mit einer Gesamtsumme von 11 M. Bericht der Landes-Versammlung der Kaufmannschaft der Provinz Sachsen beschließt der Landes-Versammlung die Einleitung der Untersuchung der Kaufmannschaft über die Unterlegung einer Sicherheitskaution das nötige Material zur Geschäftsführung zur Verfügung zu stellen.

Leipzig a. M. Kenntnismahme von der erfolgten Rückzahlung der Kaution des früheren Bevollmächtigten Ludwig Reich nebst den aufgelaufenen Zinsen.

Frankfurt a. M. Die Kaution des abgetretenen Bevollmächtigten Tageler wird auf Grund der abgegebenen Erklärung der dortigen Verwaltung, nach welcher die Geschäftsführung des Betreffenden vollständig geregelt ist und auf Grund des ausgestellten Ausweises über die abhandlungen der Kautionssumme ausgezahlt.

Elberfeld. Vom dortigen Bevollmächtigten Karl Sandtke-Bremen ist die Schlussabrechnung über die Verwaltung eingegangen. Die Kaution des Bevollmächtigten nebst Zinsen (26.12 M.) wird mit dessen Einverständnis auf den verbleibenden Barbestand verrechnet. Im Uebrigen ist der Abschluß richtig bis auf drei Stück Marken III. Klasse, welche abhandlung gekommen sind.

Berlin. Im Sterbefälle 2715, Aufst. wird die Forderung auf Sterbegeld und die diesbezügliche Beschwerde verworfen. Aufst. abgewiesen, indem das Mitglied gegen Zahlungsausschuss zuvor aufgeschritten worden ist. Auf Grund der Ergänzungswahl vom 29. Nov. 1900 wurde das Mitglied 1166, Emanuel Guttschow, als Vertreter Bevollmächtigter bestätigt.

Dresden-Leipzig. Auf Grund der Erhöhung des örtlichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner ist der Uebertritt der Mitglieder von der I. zur II. Klasse erforderlich. Der Kassenvorstand beschließt eine diesbezügliche Bekanntmachung.

Der Kassenvorstand J. A.: Karl Vietzmann, Vorsitz.

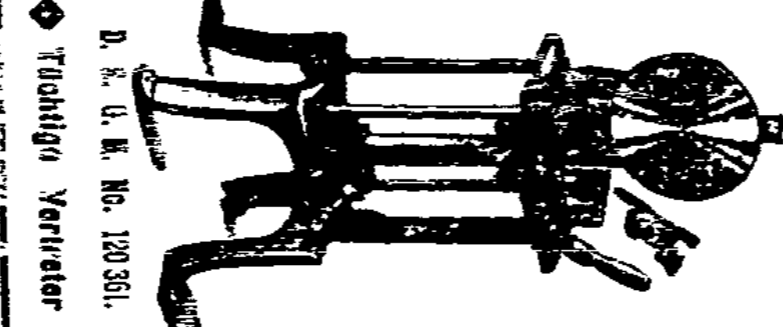
Anzeigen.

Blau's Gast- u. Logirhaus „Zur Wetz“
früher Kamerun,
Leipzig, Burgstrasse Nr. 17,
empfiehlt seine Lokalitäten zur freundlichen Benutzung.
Hochfeine Küche, sowie gut gepflanzte Biere und Weine.
Aufmerksame Bedienung.

Bücker-Einkaufsquelle.

Winterüberzieher, Havelok und Joppen
werden wegen vorgerückter Saison zum Selbstkostenpreis abgegeben.
J. H. Bloch, München,
Brunnstrasse 3/0, Eckladen.

Reichhaltiges Lager in sämtlichen Bäckerei- und Konditorei-Bedarfsartikeln.



Tüchtige Vertreter gesucht.

Produkt ist Eisenpreis, goldener und silberner Metall. Libbeck 1899.
Ehrenpflanz und grosse goldene Fortschrittsmedaille.

Zeigtheilmaschinen,
anerkannt hervorragende Verbesserung.
Neu! Messer über dem Teicylinder
daher bequemste, leichteste Reinigung, ohne
Reinigungsreferenzen im In- u. Ausland.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Alb. Mohr & Co.,
Mergentheim-Fabrik, Mergentheim, Württemberg.
F. G. Schmidtstr. 15, 14 u. 13, am Bahnhof, Mergentheim.
V. J. M. N. Nr. 120/501.
V. J. M. N. Nr. 120/501.

Prospekte und Kostenausschlüsse gratis.
Der Kollege Anton Unger wird ersucht, seinen jetzigen Aufenthalt dem Unterzeichneten mitzutheilen.
Ang. Morzer, Furzburg.
Blumenstraße, bei Bäckermeister Danm.

Mannheim.

Meinen verehrten Freunden und Kollegen die ergebene Mittheilung, daß sich vom
17. Februar ab (Nacht-Sonntag)
das Verkehrslokal der Bäcker Mannheim's in der
Edinger Bierhalle
S. 1, 1

befindet.
Hochachtungsvoll
Carl Bausch.

NB. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 21. Februar, Nachm. 8 Uhr, im neuen Verkehrslokal statt, wegen der wichtigen Tagesordnung wird um vollständiges Erscheinen ersucht. Die Reiseunterstützung wird vom 17. Februar an im neuen Lokal ausbezahlt. D. D.
A. G.—]

München. München. Café Mikado.

Ecke Einlas, Rumpf- und Müllerstrasse.
Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag neuester
Hauptversammlung der Bäcker Münchens.

Unserm treuen Mitglied Kollegen Bartmann rufen wir bei seinem Weggang von hier nach Salzburg ein herzliches Lebewohl zu.
Mittheilungsdienst Bad Reichenhall.

Bayreuth.

3.—] Restaurant **Albert Ruder.**
Verbands- und Verkehrslokal der Bäcker seit 1888.
Treffpunkt jeden Dienstag und Donnerstag.

Rosenheim (Bayern). Restaurant Frühlingsgarten

Berger, Verbands- u. Verkehrslokal der Bäcker.
Treffpunkt jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag.
Besitzer: Josef Löw.

Stuttgart.

Gasthaus zum „**Goldenen Löwen**“
Am Marktplatz.

Verehrliche Bäckergehilfen!

Der Unterzeichnete empfiehlt seine Fremdenzimmer zu billigen Preisen, Mittagstisch, sowie kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. [A 2.90
Freundlichem Besuch sieht entgegen

Christoph Häusser,
Am neuen Rathhaus, Eichstraße 5.
NB. Bäckerzeitung liegt auf.

Versammlungs-Anzeiger.

- Bayreuth.** Mittel-Vers. Donnerstag, 21. Febr., bei A. Roder, Bäckerherberge. (Mitgliedsbücher sind mitzubringen.)
- Breslau.** Mittel-Vers. Donnerstag, 21. Februar, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei Heider, Herrcnstr. 19.
- Bremen.** Mittel-Vers. Sonntag, 24. Februar, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei Herrn Kische, Jakobstr. 28.
- Cottbus.** Dessenl. Vers. Donnerstag, 21. Febr., Nachm. 4 Uhr, bei Kollwitz.
- Dortmund.** Dessenl. Vers. Sonntag 17. Febr., Nachm. 4 Uhr, im „Zentralhof“, Westwall.
- Düsseldorf.** Mittel-Vers. Sonntag, 24. Februar, Vorm. 11 Uhr, bei Marx, Ratingerstr. 30.
- Dresden.** Mittel-Vers. Donnerstag, 21. Febr., Nachm. 3 Uhr, in der „Klosterschänke“.
- Frankfurt a. M.** Dessenl. Vers. Mittwoch, 20. Febr., Nachm. 4 Uhr, bei Eggemeier, Amst. 15.
- Hannover.** Dessenl. Versammlung. Dienstag, 19. Februar, im „Ballhofs“.
- Halle a. S.** Mittel-Vers. Dienstag, 19. Februar, im „Weißen Hof“, Geißstr. 5.
- Mannheim.** Mittel-Vers. Donnerstag, 21. Februar, Nachm. 3 Uhr, in der Edinger Bierhalle, S. 1, Nr. 1.
- Münsterberg.** Mittel-Vers. Dienstag, 19. Februar, Abends 6 Uhr, im „Goldnen Krüger“, Töschmannsplatz.
- Pleissener Grund bei Dresden.** Dessenl. Vers. Sonntag, 24. Februar, Nachm. 3 Uhr, im „Deutscher Haufe“, Rottschoppe.
- Pirmasens.** Mittel-Vers. Donnerstag, 27. Februar, im Gasthaus „Zur Traube“, Schlösslstraße.
- Rosenheim.** Mittel-Versammlung. Sonntag, 24. Februar, im Gasthaus „Frühlingsgarten“.
- Stuttgart.** Mittel-Vers. Donnerstag, 21. Febr., Nachm. 4 Uhr, im „Königlichen König“.
- Stettin.** Mittel-Vers. Sonntag, 3. März, Nachm. 4 Uhr, bei Voigt, Rittersstr. 7.
- St. Johann-Saarbrücken.** Mittel-Versammlung. Sonntag, 3. März, Nachm. 4 Uhr, im „Rathsaal“, Dafenstr. 9.

Für die Redaktion verantwortlich: D. Almann, Hamburg, Gr. Neumarkt 28. — Verlag von D. Almann, Hamburg. Druck von Fr. Reher, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.

In den Aufgaben des Verbandstages.

Was in der letzten Zeit das Interesse der Mitgliedschaft am meisten in Anspruch genommen hat und auch noch auf längere Zeit hinaus das Thema auf der Tagesordnung bilden wird, das ist gewiß die Arbeitslosenunterstützung, und fürwahr, bei einem solchen Thema kann das Für und Wider auch gar nicht genug erwohnen werden.

Was mich nun heute veranlaßt, ein Wortchen mitzureden, das ist weniger das Thema selbst, als die damit verbundenen Umstände. Die Frage, ob wir im Verbands die Arbeitslosenunterstützung einführen können, und ob dieselbe zum Wohle unserer Mitglieder sowie des ganzen Verbandes beitragen kann und wird, muß ich von vornherein bejahen, ja ich möchte mich sogar zu Dingen zählen, die der Kollege Altmann in seinem Leitartikel als Schwärmer bezeichnete, welche glauben, daß durch die Einführung derselben eine enorme Stabilität und ein eben solcher Aufschwung im Verbands hervorgerufen werde. Wenn es nun auch nicht so schlimm der Fall sein wird, wie man es allgemein in der Bezeichnung „enorm“ zu verstehen gewöhnt ist, so möchte ich aber doch mit aller Bestimmtheit behaupten, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach dieser Richtung hin eine nicht zu unterschätzende Wirkung ausüben wird. Nun zu den Motiven, die die Gegner, als der sich ja auch der Kollege Kahl aus Leipzig in einer der letzten Nummern vorstellte, in der Debatte ausführen. Vor allem erst zu der ja schon etwas alten Phrase, daß die Organisation alsdann den Charakter des Kampfes verlieren würde. Man kann sich eines Lächelns kaum enthalten, wenn man solche Neuerungen hört oder liest. Ich würde doch meinen, daß man hierbei doch vielmehr Gewicht auf eine Kampffähigkeit legen sollte, wenn die Fähigkeit zum Kampfe vorhanden sein wird, dann wird der Charakter dazu wohl auch nicht fehlen, denn jetzt kann man doch wohl mit Recht behaupten, daß die Fähigkeit zum Kampfe überhaupt noch nicht vorhanden ist und was nützt dann alles Andere? Diese Fähigkeit wird aber durch jeden Schritt vorwärts erhöht, und einen solchen Schritt bedeutet doch gewiß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Des weiteren glauben die Gegner, daß die damit verbundene Beitragserhöhung die Mitglieder vom Verbands abschrecken würde. Nun, wenn man sich der Ansicht hingeeben hat, daß das größte Hindernis, welches die Kollegen vom Verbands abhält, das Zahlen der Beiträge ist, dann allerdings muß man auch diesen Einwand ein wenig beachten. Aber ich habe mich bisher dieser Ansicht nicht anschließen können, denn so viel wie ich in der Agitation habe beobachten können, war es in den meisten Fällen das Verständnis, was den Kollegen fehlte, das kann man auch am meisten bemerken in den Versammlungen. In dem Moment, wo sie den Redner hören, da zeigen sie ein wenig Verständnis und wenn sie etwas verstehen, dann sind sie auch zu gewillt, niemals aber habe ich schon die Antwort erhalten, daß ihnen der Beitrag zu hoch ist, dann aber an der Nachlässigkeit im Beitragszahlen sehen sie wieder verloren, denn nur Nachlässigkeit im Beitragszahlen oder aber das ungenügende Verständnis ist es, was die Neugewonnenen so oft wieder verloren gehen läßt. Wenn nun Kollege Kahl 13 Jahre im Verbands tätig ist und die Erfahrung gemacht haben will, daß die Beitragssteigerungen so schwer durchzubringen waren, so muß ich hier die Behauptung aufstellen, daß die Gegner stets nur deshalb dagegen sind, weil sie glauben, anderen Mitgliedern sei der Beitrag zu hoch, während sie für ihre eigene Person den erhöhten Beitrag ganz gern bezahlen; so entstehen die vielen Gegner. Wenn man nun bei geheimen Abstimmungen so vorgehen würde, daß man jedem Mitgliede ans Herz legen würde, nur seine eigene Stellungnahme zu berücksichtigen und demgemäß zu stimmen und nicht etwa deshalb dagegen zu stimmen, weil man glaubt, Anderen sei der Beitrag zu hoch, so würde nur ein ganz verschwindend kleiner Theil dagegen stimmen. Um nun aber dies Motiv zu bekräftigen, verweisen die Gegner stets auf die niedrigen Löhne in den einzelnen Gegenden, denken aber gar nicht daran, daß solchen Kollegen diese Einrichtung auch viel mehr zu Gute kommt. Ich meine, wenn ein solcher Kollege nicht so viel verdient, daß er den Beitrag bezahlen kann, dann ist es ihm auch unmöglich, sich soviel zu ersparen, daß er im Falle der Arbeitslosigkeit etwas zu leben hat, also ein solcher Kollege wird die Einführung der Arbeitslosenunterstützung viel mehr erschrecken, als wie die besser bezahlten Kollegen. Nun noch eins! Es muß denjenigen Kollegen doch gewiß ein großes Räthsel sein, welche heute noch glauben, ein höherer Beitrag würde die Mitglieder abschrecken, wie es möglich war, daß nach dem Verbandstag im Jahre 1895, wo der Beitrag verdoppelt wurde, die Mitgliederzahl so enorm stieg und die damalige Erhöhung bot den Mitgliedern doch gar keine materiellen Vortheile, sondern war lediglich dazu bestimmt um die Leitung finanziell zu kräftigen, während die diesmalige Erhöhung den Mitgliedern doch bedeutende materielle Vortheile bietet, welche doch etwas handgreiflicher sind als das bloße Ideal des Klassenbewußtseins. Eins ist, was ich gelten lasse, das ist die Unmöglichkeit einer genauen Kontrolle der Arbeitslosen, doch wenn ich bedenke, daß die Münchener Kollegen diese Schwierigkeit überwinden, dann wird es auch in anderen Städten möglich sein.

Nun aber kommt das, was mich überhaupt zu diesem Artikel veranlaßt und das sind die Aenderungen, die in den Anträgen des Hauptvorstandes enthalten sind, erliehns daß man auf Wochenbeiträge zurückgreifen will und zweitens, daß man die Pässe der Mitgliedschaften um mehr als 8 Pf. pro Monat und Mitglieder beschneiden will, indem die Mitgliedschaften nur 5 Pf. von den Wochenbeiträgen behalten sollen. Bei Einführung des Wochenbeitrages ist das wohl schlecht anders zu machen. Aber warum will man denn die Monatsbeiträge wieder abschaffen? Glaubt man etwa, daß auf diese Weise den Mitgliedern die Beitragserhöhung nicht so fühlbar werden wird? Oder glaubt man, daß die Mitglieder alle Woche oder auch nur alle 14 Tage kommen und die Beiträge bezahlen werden? Nein, das wird beides verfehlt sein, die Mitglieder werden dann, genau so wie jetzt, für den Zeitraum von 4 bis 8 Wochen ihre Beiträge auf ein Mal bezahlen, und dann wird der Beitrag eben so hoch sein, als wenn sie einen Monatsbeitrag von 1.30 Mk. entrichten sollen. Nur dieses, denke ich mir, können die

Motive sein, die den Hauptvorstand hierzu veranlassen. Abgesehen davon, daß auch wieder andere Bücher da sein müssen und alles Mögliche umgeändert werden muß, wird den Kassirern die Arbeit nur noch mehr erschwert werden.

Nun noch dazu, daß nur 5 Pfennige von jedem Wochenbeitrage am Orte verbleiben sollen, nun, da wird wohl manche Mitgliedschaft an der Thür der Hauptkasse betteln gehen müssen und das wäre nur geeignet, den leitenden Personen in den Bahnhallen die Lust zu verderben: mir würde das höchst unangenehm sein. Eine kleine Probe davon, wie man damit auskommen würde, möge den Kollegen gegeben sein, wenn sie hören und in Betracht ziehen, daß wir in Breslau allein im Januar 89.29 Mk. örtliche Ausgaben gehabt haben, dazu kommen noch die Beiträge zum Kartell und zum Arbeitersekretariat, diese noch hinzugerechnet sind die örtlichen Ausgaben höher als die an die Hauptkasse. Nun ist ja selbstverständlich, daß diesmal eine Ausnahme war wegen der vielen Drucksachen und Inserate. Aber rechnen wir auch nur die Ausgaben, die regelmäßig jeden Monat sind, als da sind: pro Monat und Mitglied Beitrag an das Arbeitersekretariat 10 Pf., an das Kartell 1 Pf., an den Kassierer 5 Pf., sind 4 Pf., für Zeitungsubskription im Durchschnitt 6 Pf., das sind allein 21 Pf. und dann noch die übrigen Ausgaben, welche uns bisher auch nur möglich waren durch Erhebung von 10 Pf. Entree in den stets gut besuchten öffentlichen Versammlungen. Wenn nun auch vielleicht die älteren größeren Mitgliedschaften bei dem jetzigen Schema es zu etwas Kasseeinkommen gebracht haben, so muß man doch bedenken, daß genau so wie in der Hauptkasse, auch in den Bahnhallen durch die Neueinrichtung die Ausgaben bedeutend erhöht werden, statt dessen nun demgemäß den Ortsverwaltungen auch etwas zu helfen, will man ihnen noch weniger belästigen, als bisher. Wenn ich nun das erstere auch gar nicht verlange, so bin ich für das letztere auch nicht zu haben, lassen wir es bei den Monatsbeiträgen und erhöhen dieselben auf 1.30 Mk. (alsdann müssen natürlich alle Extrabeiträge in Wegfall kommen). Von diesem Beitrag bleiben 30 Pf. in der Ortskasse und an die Hauptkasse rund 1 Mk. Nicht das für die Hauptkasse nicht aus, so muß der Beitrag auf 1.40 Mk. erhöht werden, niemals aber dürfen den Ortskassen die 30 Pf. gekürzt werden, das würde die Agitation bedeutend benachtheiligen.

Also das sind meine Ansichten, und ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich glaube, daß die hiesigen Mitglieder in der Mehrzahl sich dieser Ansicht anschließen werden. Doch an alle Verbandsmitglieder richte ich den Appell, daß sie reiflich überlegen, in welcher Weise wir die Arbeitslosenunterstützung am besten und wirksamsten einführen können: Im Uebrigen möchte ich die Mitgliedschaften noch ersuchen, die Wahl der Delegirten nicht so weit hinauszuschieben, damit die Gewählten sich vorher genügend ihre Stellungnahme zu diesem oder jenem Punkte der Tagesordnung, das heißt vorwiegend die nicht von der Mitgliedschaft einen Auftrag erhalten, überlegen können. Man darf sich auch diese General-Versammlung wie alle vorhergehenden für unseren Verband nur Gutes schaffen.

Karl Söping, Breslau.

Eine der Hauptaufgaben des nächsten Verbandstages ist, wie schon mehrfach im Fachblatt erwähnt, die Lösung der Frage: „Arbeitslosen-Unterstützung oder nicht?“ Nach meiner Ansicht aber würde diese Einführung nur in den Großstädten ihren Zweck erreichen, wo wir bereits zum größten Theil festen Fuß gefaßt haben. In den kleinen Städten und auf dem Lande, wo wir unser Augenmerk ganz besonders zu richten hat, würden wir nur zurüchbleiben. Der Zug nach der Großstadt macht sich doch in den meisten kleinen Städten ein Geseleemangel, sodaß sie wenig arbeitslos sind, und sie würden sich sagen, sobald ihnen verrathen wird, daß es bei uns Arbeitslosen-Unterstützung giebt, auch was zum Bummeln kommt, du überhaupt nicht, und ist es doch, dann wärst die Arbeitslosigkeit gewiß nicht lange; solche und ähnlich andere faule Ausreden würden den unter solchen Kollegen agitatorisch thätigen Leuten in Massen an den Kopf geworfen werden. Aber nicht, wie Kollege Gläuner aus Berlin und der Lüneburger B. K. schreibt, daß bei einer solchen Neu-Einführung die Kollegen sich in Scharen der Organisation anschließen, denn es wird bei Zeit und Manchem einzusehen, daß es da nicht nur Unterstützung giebt, sondern die Organisation stellt auch erhöhte Anforderungen an die Mitglieder in Form erhöhter Beiträge. Wenn Koll. Gläuner die Erfolge der Berliner Metallarbeiter anführt, so verschweigt er nur das eine dabei, daß dieselben den Arbeitsnachweis in Händen haben, was bei uns nirgends der Fall, und dieser Mangel würde sich wohl am ersten fühlbar machen, wenn die Unterstüzungsvorlage angenommen wird. Kollege B. K. aus Lüneburg wirft den nach seiner Meinung in fester Stellung sich befindenden Kollegen vor, daß sie der hohen Beiträge wegen Gegner der geplanten Einführung sind. Ich muß aber an dieser Stelle sagen: „Erträubte sich die Feder nicht, als du den Vorwurf schreibst, ich dächte, sie hätten doch wohl, wenn es auch nicht alle Goldsriken sind, sehr viel für die Organisation gethan, und da würden sie sich doch wohl nicht von dem Bahlen von Beiträgen zur Unterstüzungskasse drücken!“ Kollegen, seht Euch doch nur die Sache genauer an, den Artikel des Hauptvorstandes, des Kollegen B. K. aus Lüneburg, und des Kollegen Gläuner, bei nur ein wenig Nachdenken wird es Euch klar werden, daß die ganze Geschichte nur ein Experiment ist. Obwohl ein Sprichwort sagt: Probieren geht über Studieren! So ist dieses doch nicht ausgebracht, da die vorgeschlagenen Beiträge nicht im Geringsten ausreichen, sie werden immer höher werden und das Ende vom Ende ist, die so schwer herangezogenen Mitglieder werden dem Verbands wieder verloren gehen. Deshalb Kollegen, laßt Euch von dem schönen Titel „Arbeitslosen-Unterstützung“ nicht irre machen, trachtet am ersten danach, die Mitglieder zu kaufen und dann wird sich die Zahl der Mitglieder beständig vermehren, und dann können wir die Arbeitslosen-Unterstützung auch später bei einem geringen Beiträge einführen.

E. Saule-Dresden.

Wie auf dem letzten, so soll auch auf diesem Verbandstage allen Anschein nach die „Arbeitslosen-Unterstützung“

die Hauptrolle spielen. Diese ist unter aufgetretenen Kollegen an und für sich ein Mittel, das nie zu unterschieden und sicher großen Erfolg haben würde; trotzdem kann ich nicht dafür eintreten und bin ein entschiedenem Gegner, noch dazu, wenn sie zentralisiert wird.

Wie viel Mühe, Geduld, Mühsal und Erfahrung gehört dazu, eine neue Mitgliedschaft zu gründen und hauptsächlich in jenen Städten, wo die Kollegen noch nichts gehört, also in ihrem vor-sinnlich-n Sumpfe weiter-ziehen, wo man sie nur schwer in den Verband bringen kann und gerade das Beitragszahlen die größten Schwierigkeiten bereitet und — ja! noch mit diesem unverständlichen Unheil zu kommen, würde zu keinem guten Ziele führen. Diese Art von Unterstützung würde ihnen unverständlich weit, wenn bei uns ein Kollege arbeitslos wird, er am andern Tag wieder Arbeit findet; bei uns ist in kleinen Städten fast immer ein Arbeitermangel. Ich bin der Ansicht, daß wir uns damit nur unläutere Elemente aufhalten würden, die dem Verbands mehr Schaden als Nutzen bringen würden.

Kollegen! Laßt die Beiträge wie sie sind; wir haben bis jetzt gute Erfolge erzielt und werden sie auch weiterhin ohne Arbeitslosen-Unterstützung erreichen. Nicht daß Ihr denkt, diese Unterstützung macht Alles, das wäre kein so großer Fortschritt; die Agitation müßte stärker wie jetzt betrieben werden. Nur wenn diese gute Frucht getragen, wenn wir zu einem achtunggebietenden Verbands geworden, erst dann kann man sich eine solche Last aufbürden. Gebt denjenigen Kollegen, die durch Wägeregung arbeitslos wurden, genügende Unterstützung; schafft in dieser Hinsicht Abhilfe auf dem Verbandstage.

Ihr Großstädter würdet Euch ins Fahren lassen, wenn wir Eure Massen von Arbeitslosen unterstützen und was für einen Eindruck es auf die kleinen Mitgliedschaften machen würde, darüber will ich schweigen. Grundet unter Euch eine Arbeitslosen-Unterstützung, aber verschont die kleinen Städte damit!

Ich möchte nur wünschen, daß einer der Delegirten zur Enst kommt und den Antrag stellt, daß der Punkt „Arbeitslosen-Unterstützung“ gestrichen wird, nicht diese Ihurer erlauchte Zeit mit unnützem Ballast todzuschlagen; säßen muß dieselbe ja doch. Der Delegirte einer kleinen Stadt, dem das Wohl seiner Mitgliedschaft am Herzen liegt, muß sie verwerfen.

Karl Lang-Strassburg i. E.

Wie stellen wir uns zu der Arbeitslosenunterstützung? So fragen wir uns jetzt einander und viele Kollegen haben nur ein Aufsehnendes als Antwort. Ein Theil befürchtet Rückgang der Mitgliederzahl durch die Erhöhung der Beiträge, auch wird gesagt, eine Gewerkschaft, welche Unterstützung bietet, verliere den Kampfcharakter. Beweise giebt es natürlich nicht dafür. Die Fortschritte anderer Gewerkschaften nach Einführung einer Unterstützung und besonders der Arbeitslosenunterstützung, beweisen uns vielmehr das Gegentheil und diejenigen Kollegen, welche es nicht glauben, verweise ich nach München, dort hat sich nach dem letzten Bericht die Arbeitslosenunterstützungskasse sehr gut bewährt und warum sollen wir da noch zögern, dieselbe für den Verband obligatorisch einzuführen, da uns doch das Eine sicher ist, daß wir, zumal die älteren Kollegen, nicht um jeden Pfennig unsere Arbeitskraft verkaufen wüßten, weil es uns am Rothbüßigen fehlt, die gültige Zeit abzuwarten. Und ich glaube, durch die Arbeitslosenunterstützung wird die Organisation fast für jeden Berufsgegenossen unentbehrlich. Nun kommt es hauptsächlich darauf an, um wieviel die Beiträge erhöht werden müssen. Einen wöchentlichen Beitrag von 35 Pf. ist meiner Ansicht nach zu hoch, wenn es auch mehrere Städte giebt, wo die Löhne darunter sind, daß 35 Pf. leicht bezahlt werden können, allgemein ist die Lage der Arbeiter nicht so gut. Nehmen wir also 30 Pf. bei Wegfall der Extraststeuer an, so ist das ein Mehr von 20 Pf. im Monat, bei 100 Mitgliedern 2.000 Mk. jährlich. Nun müssen die erforderlichen Mehrausgaben für die Hauptverwaltung, welche ja alle berechtiget sind, in Anspruch kommen und zwar 30 Mk., so verbleiben noch 2.000 Mk., dafür folgende Unterstützung bei 10 Pf. Arbeitslosigkeit gezahlt werden: Nach einjähriger Mitgliedschaft 21 Tage pro Tag 75 Pf., nach dreijähriger Mitgliedschaft 25 Tage pro Tag 75 Pf. und nach fünfjähriger Mitgliedschaft 35 Tage lang pro Tag 75 Pf. Ich habe deshalb die Art und Weise der Unterstützung geändert, weil ich annehme, daß langjährige Mitglieder meist älter sind und daher auch länger arbeitslos. Zweifellos sind die 12 nach dem Münchener Bericht, welche die ganze Unterstützung beanspruchen haben, ältere Kollegen. Nun muß aber bei dem geringen Beitrage sehr gespart werden und das soll diese Form der Unterstützung bezwecken. Auch brauchte die Unterstützung nicht vom ersten Tage an, sondern nach 8 Tagen Arbeitslosigkeit erst gezahlt zu werden. Im Großen und Ganzen wäre es immerhin ein schöner Nothbehelf in schwerer Zeit und deshalb appellire ich besonders an die Dresdener Kollegen, sich dies reiflich zu überlegen, bevor sie alles rundweg ablehnen. Dann ist der Punkt: Unter Presse. Dieselbe ist bisher sehr mangelhaft gewesen. Die langen Versammlungsberichte müssen verkürzt werden und es ist mit Freuden zu begrüßen, daß der Hauptvorstand den Vorschlag macht, die langweiligsten Berichte durch zeitweilige Situationsberichte zu ersetzen, damit die Aufmerksamkeit über alles Wissenswerthe den Mitgliedern gebracht werden kann. Geht nicht die, so ist es Pflicht der Organisationskommission jeder Mitgliedschaft dafür zu sorgen, daß nicht festgesetzte Zeitungen liegen bleiben, da ist es notwendig, die Rollen der durch Mitglieder einzuführen. Je Bezug auf unsere Stellung zu den Innungseinrichtungen gehen die verschiedenen Meinungen weit auseinander. Eine Zwecklosigkeit kann ich z. B. von den Hilfsauschüssen, besonders der Innungsinne, nicht behaupten; der Ausschuss, von unserer Seite erwählt, kann sich unterstützen von den uns nahestehenden Meistern, die Aufgabe stellen, die Innungen aufzufordern, vereint mit der Hilfsenschaft zu protestiren gegen Erhöhung der Getreidepreise, Zuderpreise u. s. w., da doch die Vertheuerung der Rohprodukte unser Gewerbe schädigen muß. Eine weitere Innungseinrichtung, die Krankenkassen, müßte natürlich von uns verworfen werden, wie jede andere Kleinrentnerei. Den gemeinsamen Arbeitsnachweis müßten wir der Innung unbedingt abgewinnen. Betreffs unserer Bäckerschulausbildung folgende zu beachten: Unseren Inoffiziellenentwurf müssen wir unter allen Umständen zu erhalten suchen, es muß allen Städten energisch und zwar durch Unterschriftensammlung der Gehilfen gegen die Vertheuerung protestirt werden und diese Unterschriften sind dann dem Reichsttag oder Bundesrat vorzulegen. Ich sehe den Fall, die Minimalzeit würde Gesetz, so müßten wir uns nach dem Arbeit-

gebets Mittel ausmengen lassen. Nun wird gesagt, wir würden dann eine längere Arbeitszeit durch eine Beweugung erzielen, ich glaube aber kaum, daß dies möglich ist. Geben wir uns also nicht der Illusion hin, daß der Raub für uns Vorteil bringen wird, sondern verhindern wir ihn.
Dresden.

Anträge

zu der am 8. April und folgende Tage in Mainz (Kurhalle, Schirmerstraße) stattfindenden Nicht-Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Bäckergesellen Deutschlands.

Anträge zu stellen ist jedes Mitglied berechtigt, das muß dieselben, mit Namensunterschrift versehen, wenn von Mitgliedern gestellt, vom Vorstand unterzeichnet, vier Wochen vor der Generalversammlung dem Vorsitzenden des Verbandes zur Veröffentlichung im Fachorgan überliefert werden. Auch genügt es nicht, wenn Anträge in den Versammlungsberichten enthalten sind; dieselben können nicht beachtet werden.)

Mitgliedschaft Bremen: Der Verbandstag wolle die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bei einem wöchentlichen Beitrag von 35 Pfa. beschließen.

Mitgliedschaft Breslau: Die „Besämpfung der Lehrlingszuchterei“ wird als besonderer Punkt neben Punkt 5 der Tagesordnung zur Generalversammlung in Mainz am 8. April und folgende Tage behandelt.

Mitgliedschaft Ebersfeld: 1. Die Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 1 Mk. festsetzen und die Beiträge auf 60 Pfa. zu erniedrigen. 2. Die Arbeitslosenunterstützung nur für Vorstandsmitglieder einzuführen, da dieselben wegen Angehörigkeit zur Organisation immer am ersten und längsten arbeitslos werden. 3. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß die Hauptkasse eine Summe zur Verfügung stellt und der Hauptvorstand sein ganzes Bestreben darauf richtet, daß in Städten, wo es nicht möglich, eine Jahreshausdauer zu halten, zur Gründung von Arbeiterbäckereien vorzugehen, wie solche in Oesterreich mit großem Erfolge in verschiedenen Städten bestehen; unter welchen Bedingungen möge dem Hauptvorstand überlassen bleiben.

Mitgliedschaft Ettling: In jeder Nummer des Fachblattes ein Inhaltsverzeichnis aufzunehmen und dieses vorne auf dem Hauptblatt links zu veröffentlichen.

Ga. Bodentanz-Nürnberg: Der Verbandstag wolle beschließen, daß die Mitgliedschaften in solchen Städten, wo sich ein Arbeiter-Sekretariat befindet, um so viel weniger von den Beiträgen an die Hauptkasse abzuliefern haben, als für Beiträge an das Arbeiter-Sekretariat zu entrichten haben.

H. Schuster-Wermskirchen beantragt: Um die Hauptkasse wie die Agitationskommissionen aktionsfähig zu machen und Streitkräfte möglichst zu vermeiden, beschließt die Generalversammlung, die Monatsbeiträge auf 1,20 Mk. zu erhöhen und daneben pro Quartal 30 Pfa. Ertragssteuer zu erheben. Diese Ertragssteuer soll zur Deckung der Reiseunterstützung und Unkosten der Verbandstage ausreichen. Von den Monatsbeiträgen haben die Mitgliedschaften je 80 Pfa. an die Hauptkasse und je 20 Pfa. an die Gesamtmission ihres Bezirkes abzuliefern. Dadurch wird die Hauptkasse in den Stand gesetzt, einen Kampffonds für Streiks und Lohnbewegungen anzusammeln und wir den Agitationskommissionen nur in außerordentlichen Fällen Aufschüsse zu gewähren brauchen. Die Gesamtmissionen sind aber bei solchen festen Beiträgen aus den Mitgliedschaften in der Lage, mehr wie bisher in der Agitation zu leisten.

Bersammlungs-Berichte.

Breslau. Unsere Mitgliederversammlung vom 5. Februar befaßte sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Herr Korbitze, Sekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Jahrbücher-Bureau, wurde als Referent übernommen und legte den Kollegen in eingehender und sachlicher Weise die Bedeutung dar, welche die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sowohl für die Arbeiter selbst, als auch für die Entwicklung der Gewerkschaften in sich selbst. Eine Freude sei es ja auch, zu sehen, wie sich in den letzten Jahren unser Verband emporarbeitete, was nun auf das fortwährende Ausbauen derselben zurückzuführen sei, auch den jetzigen Weg, den wir einschlagen uns vorbereiten, könne er nur empfehlen. Er wies auf die Erfolge hin, die der Metallarbeiterverband gerade durch die Errichtung erzielt habe, und daß alle Bestrebungen die man auch im Metallarbeiterverband ausgeführt habe, vollständig gelungen waren. Er selbst habe sich damals dieser oder jener Bestürzung nicht entziehen können, doch die Erfahrung habe etwas anderes gelehrt. Der Verband sei erstarkt und daselbe Resultat werde auch der Bäckerverband erzielen. Nachdem in der Diskussion noch einige Kollegen dafür und dagegen gesprochen hatten, wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen. Das Resultat war, daß 50 mit ja und 3 mit Nein stimmten. Alsdann erinnerte der Vorsitzende an die Einlieferung der Fragebögen, die bisher nur in einer Anzahl von circa 100 eingegangen seien, während doch 400 Bäckereien in Betracht kommen. Alsdann wurde noch bekannt gegeben, daß, um den ewigen Kohlenregelungen der Keiner und des Konsumvereins zu entgegen, eine Genossenschaftsbäckerei im Hause Matthiasstr. 88 am 15. d. M. eröffnet werde, woran sich jeder Kollege beteiligen könne. Des Weiteren wurde jeder Antrag des Kollegen Kaftan angenommen: „Die Mitgliedschaft Breslau beantragt, auf die Tagesordnung der Generalversammlung in Mainz die Besämpfung der Lehrlingszuchterei“ als besonderen Punkt neben Punkt 5 der festgesetzten Tagesordnung zu setzen.“ Die Wahl eines Delegierten sowie die Stellungnahme zur Generalversammlung im Allgemeinen soll in der nächsten Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 21. Februar, stattfinden.

Breslau. Mitgliedsversammlung vom 12. Februar im Gewerkschaftshaus. Herr John hielt einen sehr lehrreichen Vortrag. Da keine Diskussion stattgefunden hatte, wurde zum zweiten Punkt übergegangen. Die Anträge zur Generalversammlung wurden zur nächsten Mitgliederversammlung zurückgestellt. Zum Schluss wurden verschiedene Besondereangelegenheiten erledigt.

Sugoschütz. Am 29. Januar fand die erste Bäckerversammlung hier statt. Die Kollegen hatten sich alle eingefunden. Auch 20 Keiser, darunter auch der Obermeister der Geschillen Kollege Degemann aus Kammheim war als Referent erschienen. Er entledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit aller Kollegen, jedoch richtete der Referent. Nachdem der Referent seine Ausführungen beendet hatte, nahm der privatstehende Bäckermeister Hermann das Wort. Dieser wurde von

den Meistern eingeladen, um ihnen beizustehen, damit doch unsere Geschillen nicht in die Hände der Sozialdemokraten kommen. Daumann, der Obermeister der Geschillen, fing seine Rede an mit den Worten: „Nun, meine lieben, braven Arbeiter, was habt Ihr heute für einen gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen Vagabunden vor Euch, der Euch nur ums Geld bringt! Dabei verstand es derselbe, den Geschillen den Hohn um den Mund zu sprengen (bekommen thun sie keinen, den müßen die Meister selbst). Natürlich mußte er für die Meister eintreten, damit der Verband von Sugoschütz fern bleibt. Unser Kollege Degemann hat ihn aber schon abgelehrt. So war es in vorgedachten Blättern zu lesen, daß es nichts Leichtes war, mit ihm einen „Vertrag“ anzunehmen. Zum Schlusse wurde ein Antrag gestellt, daß die Kollegen dem Verbande nicht beitreten, wenn der auch Ausnahme fand. Die Kollegen, welche nicht anwesend sind in dieser Versammlung etwas besser bekannt worden und haben erklärt, daß der Referent in seinen Ausführungen vollkommen recht hatte. Lange hat es wohl nicht mehr dauern, dann wird auch die Organisation in Sugoschütz festen Fuß fassen, den Ausbeutern zum Trotz, und zu Ruh.

Cottbus. Am Donnerstag, den 7. Februar fand im „Löwen“ lokale eine vom hiesigen Altgesellen einberufene Bäcker-Versammlung statt, welche von circa 40 Kollegen besucht war. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt: Die Ertragssteuer eines Mitgliedes zum Gesellschaftsausbruch. Nachdem der Referent die Paragrafen bezüglich dieses Punktes gelesen hatte und zur Wahl bereit war, ergriß Kollege Bretschneider das Wort, in zäheren Ausführungen den Kollegen vor Augen zu führen, daß laut Statut die heutige Versammlung ungültig sei, was auch schließlich vom Altgesellen anerkannt wurde, und versprach derselbe, noch eine solche einzuberufen. Es wurde unter Anderem auch von Seiten des Altgesellen der Polizeiverordnung Erwähnung getan, laut welcher den hiesigen Bäckermeistern gestattet ist, das Braten von Fleisch und zum Baden von Kuchen, welchen sich die Sünden selbst zubereitet haben, einen Besessenen des Sonntags, bis Vormittags 11 Uhr, zu betriebligen. Er meinte, unter Zustimmung der anderen Kollegen, daß wir uns doch dieses nicht gefallen lassen wollten, führte aber nichts an, was dagegen zu thun sei. Hier half unser Mitglied, Kollege Reinlich, aus, der folgende Resolution einbrachte: „Die heute, am 7. Februar d. J., im hiesigen Lokale versammelten Bäckergehilfen von Cottbus protestieren ganz energisch gegen die von der hiesigen Bäckerinnung zigenmäßig vorgenommene Durchlöcherung der Sonntagruhe, wie sie laut Bundesrats-Verordnung bis dato für uns bestand, und erwarten, daß diese Polizeiverordnung auf Veranlassung der Innung wieder rückgängig gemacht wird.“ Dieselbe wurde denn auch einstimmig durch Erheben von den Seiten seitens der anwesenden Kollegen angenommen und der Altgeselle beauftragt, diese Resolution dem Innungsvorstand zu übermitteln. Nach einem Schlußwort des Kollegen Bretschneider, in welchem derselbe zum Eintritt in unseren Verband auffordert, damit derartige Uebergriffe der Innung unmöglich gemacht werden, und er die Kollegen auf die am 20. d. Mts. stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam machte, wurde die Versammlung geschlossen.

Düsseldorf. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung vom 27. Januar, welche fast vollständig besucht war. Nach der Protokollerlesung der vorigen Versammlung wurde zur Tagesordnung übergeschritten. Bäckermeister Rabben hielt einen Vortrag und legte den Kollegen in leichtverständlichen Worten die einzelnen Punkte des geplanten Geschenkwerkes dar. Hierauf sprachen die Kollegen Bauer und Oertel über den Maximalerbeitstag resp. über die Minimalruhezeit. In Punkt „Verschiedenes“ ertheilte der Vorsitzende dem Kollegen Oertel das Wort, welcher über die Zustände, sowie Lohnverhältnisse der hiesigen Brodfabrik ein wenig mitteilte. Zum Schluss ließen sich noch 7 Mitglieder aufnehmen.

Düsseldorf. Die Mitgliederversammlung vom 10. Februar war sehr schwach besucht. Der Vorsitzende ertheilte dem Kollegen Vonder das Wort, welcher in kurzen Worten die Klagen der Bäckermeister über die geplanten Veränderungen der Bäckerverordnung seitens der Regierung und über die Ursachen der bestehenden Krankheiten unter den Bäckergehilfen mitteilte. Hierauf stützte der Vorsitzende seinen Dank ab und stellte den Vortrag zur Diskussion. Dann ging man zur Wahl eines Delegierten zum Verbandstag über. Es wurde Kollege Oertel vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Kollege Oertel erstattete den Bericht vom Gewerkschaftsreferat. Kollege Vonder stellte den Antrag, eine Singschulung zu bilden, welcher aber, da die Mitgliedschaft noch schwach, auf später vertagt wurde. Kollege Vonder stellte den Antrag, Wahl eines Thunkontrollen, welcher aber abgelehnt wurde. Kollege Seidel stellte den Antrag, Errichtung einer Keiserridale im Gewerkschaftshaus. Es wurde der Delegierte zum Gewerkschaftsreferat beauftragt, dieses in der nächsten Sitzung vorzutragen. Zum Schluss wurde auf Antrag des Kollegen Jahrmacher dem Gewerkschafts-Delegierten noch 50 Pfa. zu jeder Sitzung gewährt.

Dortmund. Mitgliederversammlung vom 10. Februar. Bouge Kardinal eröffnete die Versammlung mit dem Antrag, die Strafe den beiden Kollegen zurückzunehmen. Derselbe wurde einstimmig angenommen und das Geld aus der Kasse bewilligt. Ueber den 1. Punkt der Tagesordnung „Arbeitslosenunterstützung“ wurde eine sehr lebhaft debattiert, weil mehrere Kollegen dafür und mehrere dagegen waren. Das Resultat war jedoch die Ablehnung auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der 2. Punkt der Tagesordnung, „einen gewerkschaftlichen Arbeitennachweis zu errichten“ wurde vertagt. Die Mitgliederversammlung in Mainz stattgefunden hat. Der Referent ertheilte Kollege Kardinal. Das Resultat beschloß, daß alle Gewerkschaften dort, wo es ein Lokal nach dem Gewerkschaftshaus verlegen ist, zu sammelnde Kollegen mit erwarten haben, und sich unter Verbandslokal nicht mehr bei dem Innungsvorstand, sondern bei Herrn Nühthausen, 1. Märzstr. 73. Alsdann wurde Kollege Degemann als Referent für Kollege Freiberger zum Parteidelegierten gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurden noch mehrere Anträge zur Generalversammlung erörtert, worauf zum Schluss der ziemlich gut besuchten Versammlung, worauf es zeitig machen wir die reisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß die Reiseunterstützung vorläufig provisorisch vom Kollegen Franz Könnighausen, Dortmund, Schmiedestr. 5, von 2-4 Uhr Nachm., ausbezahlt wird.

Ettling. Am 7. Februar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Beiträge bezahlt waren, ließen sich einige Kollegen aufnehmen. Als Kandidaten zu Delegierten zum Verbandstag für Stuttgart-Ettling wurden die Kollegen Mann und Büchel aufgestellt. Dann wurden noch zu Revisionen gewählt: Frank und Ball. Beschlossen wurde noch, am Sonntag, den 17. Februar ein Fastnachts-Kränzchen abzuhalten.

St. Johann-Saarbrücken. Am 3. Februar fand im „Kaiserhof“ unsere Mitgliederversammlung statt, welche sehr schlecht besucht war. Als erster Punkt war die Arbeitslosenunterstützung auf die Tagesordnung gesetzt. Kollege Böhler hielt hierüber einen kurzen Vortrag und sprach sich gegen eine solche Unterstüßung aus. Kollege Böhm bat die Versammlung, für die Unterstüßung zu stimmen, was denn auch geschah. Die Tagesordnung wurde, nahm der Vorsitz nicht an. Dem Kassierer Eder wurde für seine Arbeit eine Entschädigung von 6 A bewilligt. Zum Schluss wurde noch über die Delegiertenwahl debattiert. (Ich möchte doch die Kollegen erlösen, in der nächsten Versammlung zahlreicher zu erscheinen, da unsere Lage hier am Orte gegenwärtig eine sehr schlechte ist. Der Schriftf.)

Kempten. Am 3. Februar fand unsere erste Versammlung statt, in der Genosse Christmann sprach. Es waren Arbeiter aller Branchen erschienen. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit aller Anwesenden. Die Kollegen, die sich für die Gründung des Verbandes interessierten, waren alle erschienen. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen und so konnte zur Gründung der hiesigen Mitgliedschaft geschritten werden. Als Vorsitzender wurde Kollege Seyd, als Kassierer Seiler, als Schriftführer Bering, und als Revisoren die Kollegen Freund und Kroll gewählt. Es wurde beschlossen, die regelmäßigen Mitgliederversammlungen jeden ersten Donnerstag im Monat im „Saffhaus „Zum goldenen Roß“ abzuhalten. Letzteres ist auch das Lokal der organisierten Bäcker in Kempten. Möge man die jungen Mitgliedschaft bilden und geüben. Der Gewerkschaftsverein in Kempten hat sich der Kollegen angenommen und haben letztere sich vieler Sympathien zu erfreuen. In die noch fern stehenden Kollegen aber möchten wir appellieren, sich dem Verbande anzuschließen, denn nur dadurch kann unsere Lage gehoben werden, wenn wir alle organisiert sind. Nur Einigkeit macht stark.

Hannover. Am 3. Februar fand unsere regelmäßige Monatsversammlung im bekannten Lokale statt. Dieselbe war trotz der wichtigen Tagesordnung nur sehr mäßig besucht. Der hauptsächlichste Verhandlungsgegenstand war: Welche Anträge stellen wir zum Verbandstage nach Mainz? Kol. Böhm erstattete den in No. 4 des Fachblattes gebrachten Bericht des Vorstandes und Ausschusses über die Ertragssteuer von 30 Pfa. für die Monate Februar und März, gab ferner bekannt, daß die Ertragssteuer unserer Kollegen in Frankfurt a. M. von den Meistern wieder zerstückelt werden wollen und soll deshalb der Bezug nach dort fern gehalten werden. Das Reglement wurde hierauf vom Vorstand verlesen. Kol. Köhl giebt an, daß dieses in kleineren Städten bei dem dort herrschenden Lohnverhältnissen schwer zu erzwängen sei, wir daher mehr mit größeren Städten zu rechnen haben als mit kleineren und ist der Meinung, daß wir die Anträge des Hauptverbandes annehmen und stellt hierzu den Antrag: Der Verbandstag möge nach der Durchführung der Arbeitslosenunterstützung beschließen, daß denjenigen Kollegen, welche dem Verbands 3-4 Jahre und länger angehören ein Umzugsgeld, ihren Angehörigen aber ein Sterbegeld gewährt wird. Kollege Heinrich meint, daß wir Väter nicht in der Lage sind, diesen hohen Beitrag zu zahlen, die Kollegen von Hannover würden wenig Vorteile haben. Köhl giebt zu, daß dieses von Familienvätern schwer empfunden würde, doch bestehe unsere Mitgliedschaft meist aus jüngeren Mitgliedern, die ihr Geld sonst auch ausgeben. Auch bei Uebertritt zu einem anderen Berufe wird die Unterstüßung ausbezahlt und sei dieses kein Grund zum Ausschließen aus dem Verbands. Kollege Kempf kommt dahin, daß das Eintrittsgeld von einer Mark zu viel sei und wir einen Delegierten gegen die Arbeitslosenunterstützung senden. Köhl erwidert dem Vorsitzenden und kommt zu der Ansicht, daß wir in Hannover den vom Hauptverband festgesetzten Paragrafen zustimmen können, es handle sich nur um die Bestimmung der Kollegen und stehe fest, daß diejenigen, die kein Interesse an unserer Sache haben, jetzt für gleichgültige Dinge weit mehr ausgeben. Während sechs Kollegen hierauf dagegen stimmten, erklärten sich zwanzig dafür. Ein Antrag Böhm, der von Köhl beantwortet wurde, wird angenommen und lautet: Die Generalversammlung in Mainz möge beschließen, daß das ausführliche Protokoll der Verhandlung gedruckt und in Brotschürensform zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder verabschiedet wird.“ Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende bekannt, daß am 19. d. Mts. eine öffentliche Versammlung stattfindend soll. Zum Schluss entstand eine regere Debatte über die im Reichstag wieder angestimmten Klagen der Bäckermeister.

Eingeladene.

An die Kollegen von Memmingen und Lindau!

Kollegen! In letzter Zeit haben bei Euch Versammlungen stattgefunden, wo sich auch einige Kollegen dem Verbande angeschlossen. Diese Kollegen haben sich Aufklärung verschafft durch die Ausführungen der Referenten. Sie haben erkennen gelernt, wie notwendig es ist, daß wir uns dem Verbande anschließen. Nun aber kommt der Ruf an Euch, seid Mitglieder in Wort und That, legt die bisherige Gleichgültigkeit bei Seite, damit auch wir anderen Arbeitern erstmals gleichgestellt werden können.

Kollegen! Wenn Ihr ein wenig nachdenkt über eure traurige Lage, so müßt Ihr selbst zugeben, daß wir noch weit hinter anderen Berufs Arbeiter zurückstehen. Lange Arbeitszeit bei Tag und Nacht, geringer Lohn, schlechte Behandlung, miserable Kost und sanitätswidrige Schlafstellen sind unser Loos, in welchem wir uns befinden, wenn wir nicht arbeitslos und somit brodblos sein wollen. Diesen Uebelständen kann nur abgeholfen werden durch die Organisation, wenn wir uns alle darin vereinigen. Also nur uns noch fernstehenden Kollegen, tretet ein in unsere Reihen, damit wir eine Macht bilden und somit uns bessere Bedingungen herbeiführen können.

Mehrere Verbandsmitglieder.